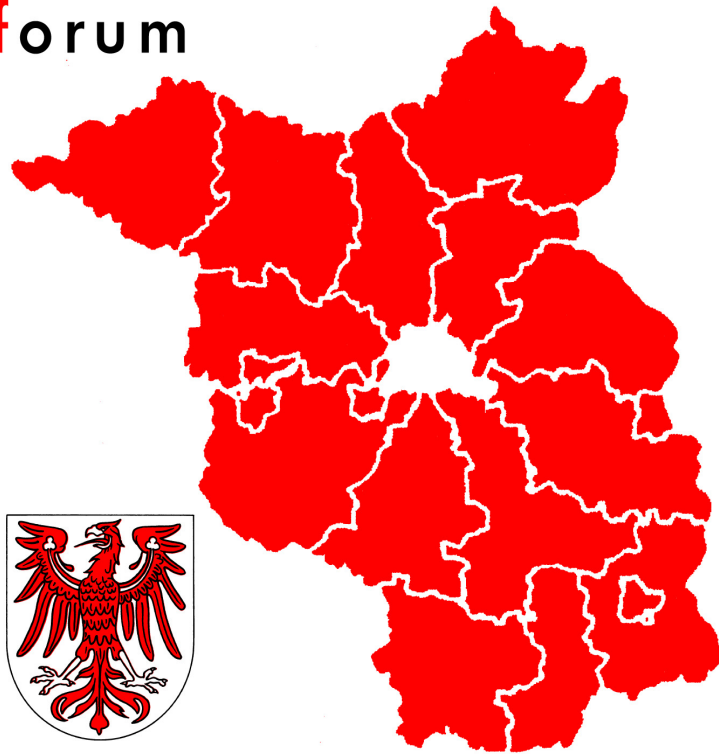


**kommunalpolitisches
forum**



Land Brandenburg e.V.

**„Aufschwung und Armut in den
Kommunen des Landes Brandenburg“**

Eine empirische Untersuchung

Dr. Ralf-Dietmar Hegel, Edeltraud Petermann, Angelika Schäfer
und Dr. Martin Müller

HOLON e.V. für das kommunalpolitische forum Land
Brandenburg e.V.

April 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1 Problemlage	4
2 Methodik: Fragebogen, Grundgesamtheit und Stichprobe	7
3 Ergebnisdarstellung	
3.1 Aufschwung in den Kommunen	13
3.2 Engagement von Kommune und Wirtschaft	23
3.3 Arbeit und Ausbildung	28
3.4 Verarmung	31
3.5 Befürchtungen, Einstellungen zwischen Aufschwung und Armut	39
4 Politische Handlungsfelder	58
5 Literaturverzeichnis	65
6 Anhang	67

Vorwort

Das die Armut in der Gesellschaft schleichend zunimmt, merken immer mehr soziale Einrichtungen, deren Angebote von zunehmend mehr Menschen genutzt werden, sei es die Tafeln, die Kleiderkammern oder auch die Betreuungsangebote für Mädchen und Jungen.

Und sicher können Kommunen auch stolz sein, wenn sie zahlreiche soziale Angebote vorhalten können. Aber es ist eine törichte Entwicklung, wenn die weniger werdenden kommunalen Mittel statt für Bildung, Kultur, Sport und Gemeinschaftserlebnisse in den Kommunen für die Linderung höchster Not in allen Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden müssen.

Wir wollten wissen, wie zeigt sich und wie wird diese Entwicklung in den Kommunen wahrgenommen.

Im Januar diesen Jahres haben wir deshalb Holon e.V. gebeten, eine Studie zu erarbeiten, die uns informiert, wie der von der Bundes- und Landesregierung zelebrierte wirtschaftliche Aufschwung bei den Bürgerinnen und Bürgern und in den Kommunen ankommt.

Wir wollten wissen, ob der wirtschaftliche Aufschwung in den Kommunen von den Einwohnerinnen und Einwohnern wahrgenommen wird, wie sich diese Entwicklung auf das soziale Klima in den Kommunen auswirkte und ob sich die Arbeitslosigkeit in den Kommunen wesentlich verändert hat.

Solche Indikatoren wie Bautätigkeit, Lehrstellenangebote, ALG-II-Empfänger und Verdienstentwicklung wurden hinterfragt. Darüberhinaus hinterfragten wir die wahrnehmbare Armut in den Kommunen, deren Konzentration in Wohngebieten und die Betroffenheit der sogenannten Mittelschicht und Seniorinnen und Senioren.

Margitta Mächtig
Vorsitzende des kommunalpolitischen forums

1 Problemlage

Aufschwung und *Armut* sind zwei (oder sogar die zwei) Begriffe, die die aktuelle politische Diskussion zunehmend bestimmen und in den nächsten Monaten bestimmen werden. Ihre subjektive Bedeutsamkeit ist hoch, berührt sie doch die eigene Zukunft und die der Freunde, Kinder, Nachbarn im Kern. Die Erstreckungsweite ist groß. Sie reicht von der offiziellen politischen Ebene bis hin zur familiären Diskussion in jeder Gemeinde.

Die Diskussion um diese Begriffe hat ihre Wurzeln in einem Komplex von Problemen, der hier nur in wesentlichen Facetten skizziert werden soll:

- Korrespondiert der feststellbare Wirtschaftsaufschwung mit positiven sozialen und gesamtgesellschaftlichen Folgen?
- Welche Gruppen partizipieren von diesem Aufschwung?
- Reicht die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung aus, um die gravierenden Abwanderungen von jungen Menschen aus dem Lande zu stoppen?
- Gibt die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung den unterschiedlichen Generationen eine sichere Lebensperspektive?

- Hartz IV hat eine zunehmende Bedeutung in vielfacher Hinsicht gewonnen. Bereits in unserer Untersuchung „Hartz IV – Die Sicht der Betroffenen“ aus dem Jahre 2005 sprachen wir von der beginnenden Verfestigung von Armutsmilieus und der „Vererbung“ von Armut in der Konsequenz der Durchsetzung von Hartz IV.
- Die Armutproblematik gerät zunehmend ins Blickfeld von Verbänden und der öffentlichen Meinung, besonders zugespitzt am Beispiel der Kinderarmut.
- Es beginnt eine Diskussion um Mindestlöhne und das Existenzminimum.
- Die anhaltenden Inflations- und Teuerungsraten sowie ausbleibende Lohnerhöhungen (de facto sogar Lohnsenkungen in verschiedenen Bereichen) werden zunehmend spürbar.
- Die Erwerbsbiographien vieler Menschen sind durch längere Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, die ein niedriges Rentenniveau oder gar Altersarmut befürchten lassen. Diese Aussichten werden noch durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters verschärft.
- Der Absenkung der Arbeitslosigkeit steht die zunehmend größer werdende Gruppe der „Aufstocker“ gegenüber. Ihr Arbeitslohn reicht nicht für die Deckung der eigenen Grundsicherung aus. Dies ist ein Ausdruck dafür, dass

sich die Gräben innerhalb der Gesellschaft zunehmend vertiefen.

- Der propagierte Aufschwung lässt eine Zunahme der Binnennachfrage vermissen und bleibt für größere Teile der Bevölkerung unmerklich.

Dieses recht komplexe Problemgeflecht führt zu *Einstellungen, Haltungen, Erwartungen*, die jede politische Handlung der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig beeinflussen werden. Dies gilt auch für die kommunale Ebene – und auch dann, wenn viele der genannten Faktoren durch Kommunalpolitik gar nicht direkt beeinflussbar sind. Kommunalpolitische Angebote müssen diesen Kontext aber unbedingt beachten.

Daraus ergeben sich zahlreiche allgemeine Fragestellungen, deren Beantwortung für die Entwicklung kommunalpolitischer Handlungskonzepte der nächsten Zukunft grundlegend sein dürfte:

- In welcher Weise wird der wirtschaftliche Aufschwung erlebt? Wer zählt sich zu den Gewinnern, wer zu den Verlierern?
- Wie werden die Verfestigung und Ausweitung der Armut, Inflation und Teuerung in den Kommunen des Landes Brandenburg erlebt?

- Welche Erwartungen an Mindestlöhne/ Lohnerhöhungen und eventuelle eigene Altersarmut gibt es?
- Wie bewerten die Bürgerinnen und Bürger den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Bemühungen um die Schaffung neuer Lehrstellen/Arbeitsplätze?
- Wie werden die Absenkung der Arbeitslosigkeit und der „Aufschwung“ bewertet?
- Was erwarten die Bürger in diesem Kontext vom Einsatz der Regional- und Kommunalpolitiker?
- Welche Auswirkungen auf die Kommunen werden erwartet? Wie wird sich die Abwanderungsproblematik entwickeln?

Zur Beantwortung dieser Fragestellungen soll die vorliegende Studie beitragen.

2 Methodik: Fragebogen, Grundgesamtheit und Stichprobe

Im Winter und Frühjahr des Jahres 2008 wurden 834 Brandenburgerinnen und Brandenburger in der Altersspanne von 18 bis 87 Jahren mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens (siehe Anhang) quotengesteuert befragt.

Der Fragebogen wurde im Januar des Jahres 2008 entwickelt. Er enthält 32 Items. 29 davon stellen Behauptungen dar. Die

vorgegebenen Antwortalternativen sind zweifach, dreifach oder fünffach gestuft. Auf „Teils/Teils-Antworten“ und „Weiß-ich-nicht-Kategorien“ wurde bewusst verzichtet, um Extrem-scheueffekten entgegenzusteuern. Die Antwortkategorien der allermeisten Items beschränkten sich auf „stimmt“ und „stimmt nicht“. Zwei Items hatten wir in der Untersuchung „Die soziale Lage und die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg“ bereits im Jahre 2004 verwendet. Dabei wurden Bereiche vorgegeben, in denen sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger heute mehr (oder weniger) leisten als vor einem angegebenen Zeitraum (hier: zwei Jahre). Schließlich benutzten wir das seit etwa anderthalb Jahrzehnten mit leichten Abweichungen verwendete Werteraster mit achtzehn angebotenen Einzelwerten, aus denen jeweils fünf auszuwählen waren. Es verdeutlicht anschaulich die Grundorientierungen und Wertepräferenzen der Bürgerinnen und Bürger des Landes und kann – über mehrere Jahre betrachtet – ihre Veränderungen kennzeichnen.

Die Grundgesamtheit bildet die Bevölkerung des Landes Brandenburg ab dem Alter von 18 Jahren. Am 30.11.2005 betrug die Gesamtbevölkerung 2.558.622 Personen (Landesbetrieb, März 2006) und am 31.05.2006 umfasste sie 2.553.655 Personen. Davon waren 49 Prozent (1.264.310) männlich und 51 Prozent (1.289.345) weiblich (Landesbetrieb, September 2006). Von den gut zweieinhalb Millionen Einwohnern des

Landes müssen allerdings etwa 385.000 der bis 18 Jahre alten Personen abgezogen werden, die nicht in die Untersuchung einbezogen waren. Deshalb werden sich unsere Aussagen nur auf die etwa 2.168.000 Einwohner über 18 Jahre beziehen (Landesbetrieb, 2005). Brandenburg ist seit Jahren durch teilweise gegenläufige demographische Tendenzen zwischen „engerem Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin“ und dem so genannten äußeren Entwicklungsraum gekennzeichnet. Im engeren Verflechtungsraum lebten am 31.05.2006 etwa 40 Prozent aller Einwohner des Landes, während es im äußeren Entwicklungsraum etwa 60 Prozent waren (Landesbetrieb, September 2006).

Die dargestellten und andere Größenverhältnisse der Grundgesamtheit wurden in einer Stichprobe repräsentativ abgebildet. Dies geschah auf der Basis von Quotenkriterien. Quotenkriterien für die Stichprobe waren: das Alter, das Geschlecht, der Wohnort (engerer Verflechtungsraum/ außerhalb des engeren Verflechtungsraumes) und der gegenwärtige soziale Status.

Alter

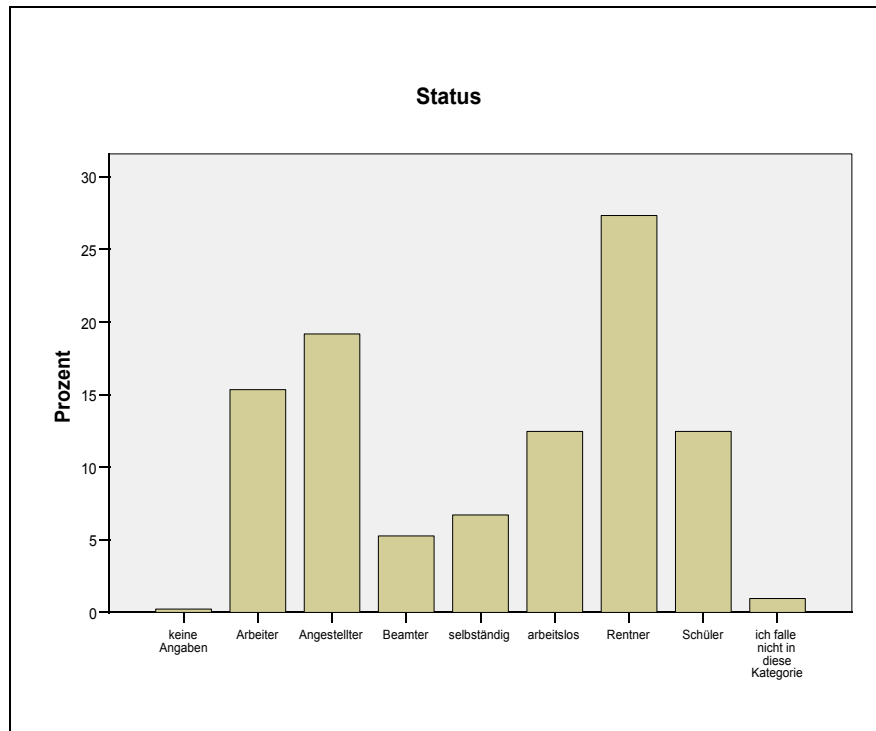
Etwa 35% der von uns Befragten sind in der Altersspanne zwischen 41 und 60 Jahren. 40 Jahre und jünger sind 35%. Etwa 27% sind älter als 60 Jahre. Dies entspricht der Verteilung in der Brandenburger Bevölkerung.

Geschlecht

Wir befragten 424 Frauen (51%) und 406 Männer (49%). Dies entspricht den Verhältnissen im Land. 4 Befragte machten keine Geschlechtsangabe.

Wohnortlage

Etwa 40% der Befragten gaben Wohnorte an, die im engeren Verflechtungsraum Berlin/ Brandenburg – dem so genannten „Speckgürtel“ – liegen. 57% nannten Wohnorte außerhalb dieses Verflechtungsraumes – verwaltungstechnisch „äußerer Entwicklungsraum“. Dies entspricht präzise den Gegebenheiten im Land. Bei der Identifizierung und Zuordnung der Gemeinden orientierten wir uns an den Mitteilungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (auf Basis des Gebietsstandes vom 30.09.2007).



- 15% der Befragten bezeichneten sich selbst als „Arbeiter“.
- Fast 25% meinten, sie seien „Angestellte und Beamte“.
- 7% ordneten sich der Kategorie „Selbständiger/ Freiberufler/ mithelfender Familienangehöriger“ zu.
- 13% meinten, sie seien „arbeitslos (ALG I/II), ABM, in Umschulung oder Weiterbildung, 1-Euro-Job“.
- 27% der Befragten waren „Rentner/ Ruheständler“.
- Weitere 13% bezeichneten sich als „Schüler/ Auszubildender/ Student“.

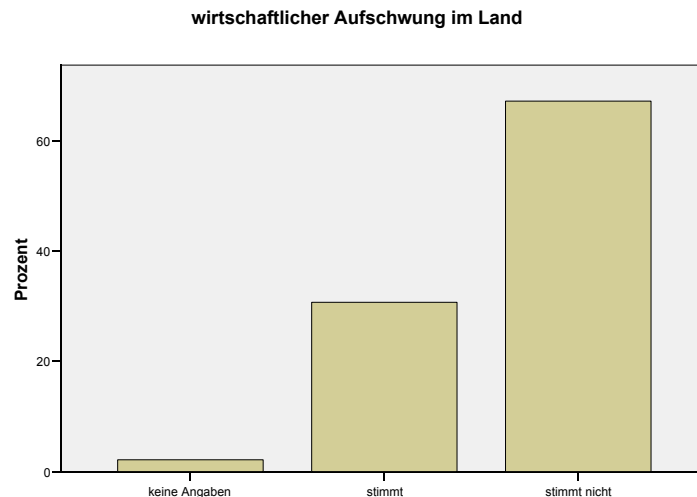
Diese Relationen der Stichprobe stimmen gut mit denen der Grundgesamtheit laut Mikrozensus 2003 (Landesbetrieb, 2005) sowie anderen Stichprobenbeschreibungen für Ostdeutschland (Sozialreport, 2004) überein.

Einige Hinweise zum Lesen der Ergebnisse möchten wir geben. Zunächst wurden für jedes Item (Frage, Behauptung des Fragebogens) die Ergebnisse aufgeführt. Für jedes Item stellen wir die eindeutige Zuordnung zur Fragebogenfrage (vergleiche Anhang) her, sowie die prozentualen gerundeten Ergebnisse dar. Sie beschreiben die Meinung der Gesamtbevölkerung. Danach erfolgt die Darstellung differentieller Ergebnisse, allerdings nur dann, wenn es interpretationswürdige Unterschiede gibt. Zunächst stellen wir Differenzen zwischen Menschen, die in der Peripherie Brandenburgs leben und solchen, die im engeren Verflechtungsraum zu Hause sind, dar. Dann erfolgen Darstellungen, bei denen Männer und Frauen deutliche Unterschiede aufweisen. Schließlich beschreiben wir Differenzen, die im Zusammenhang mit jüngeren und älteren Befragten zu sehen sind. Mit „Jüngeren“ sind dabei Personen bis 40 Jahre gemeint und mit „Älteren“ Menschen ab 41 Jahren. Anschließend finden Vergleiche mit anderen Studien statt. Endlich wurde zumeist ein Fazit formuliert. Wenn wir uns auf eigene Studien der letzten anderthalb Jahrzehnte beziehen, dann sind diese im Text meist mit Jahreszahl und Unterstreichung gekennzeichnet. Die vollständige Angabe findet der interessierte Leser im Literaturverzeichnis.

3 Ergebnisdarstellung

3.1 Aufschwung in den Kommunen

Item 1



31% der Befragten bemerkten einen wirtschaftlichen Aufschwung im Lande und 67% nicht.

Im *engeren Verflechtungsraum* waren 38% der Befragten dieser Meinung, außerhalb dieses Raumes nur 26%.

Jüngere konstatierten in geringerem Maße einen wirtschaftlichen Aufschwung im Lande (21%) als *Ältere* (36%).

Vergleichender Rückblick: Die Brandenburger bewerten seit Jahren die wirtschaftliche Lage und deren Aussichten im Land als mittelmäßig und eher schlecht. 2002 nach der wirtschaftlichen Perspektive des Landes befragt, beurteilten 63% der Befragten diese als nur mittelmäßig, 30% sogar als schlecht.

2004 meinten 62% der Befragten, die wirtschaftliche Lage im Wohnort habe sich in den letzten 10 Jahren verschlechtert, 25% meinten, sie sei gleich geblieben und nur 10% wollten eine Verbesserung erkennen.

Vergleich mit Verlautbarungen des Wirtschaftsministeriums: Bei der Vorstellung des ‚Jahreswirtschaftsberichtes 2007‘ erklärte Brandenburgs Wirtschaftsminister U. Junghanns:

„Die Wirtschaft der Hauptstadtregion ist auf Wachstumskurs. Nachdem der erste Funke des Konjunkturaufschwunges 2006 auf Brandenburg übergesprungen war, ist der Aufschwung jetzt richtig im Land angekommen. Mit einem Plus von 1,9 Prozent hat sich das Bruttoinlandsprodukt bereits in 2006 im Vergleich zum Vorjahr deutlich positiv entwickelt. Im ersten Halbjahr 2007 hat die wirtschaftliche Entwicklung dann spürbar angezogen – mit einem Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent. Damit hat sich Brandenburg ins Mittelfeld der Bundesländer vorgearbeitet. Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg ist die Industrie. Hier betrug die Steigerung im ersten Halbjahr 2007 sogar 9,4 Prozent. Brandenburg kommt damit beim Industriewachstum auf Platz vier in Deutschland. Stark entwickelt hat sich auch der Export – mit Steigerungsraten in 2006 und im ersten Halbjahr 2007 um nahezu ein Drittel. Schließlich ging es auch in der Bauwirtschaft nach zehn schweren Jahren in 2006 erstmals wieder bergauf“ (Pressemitteilung des MfW vom 26.10.2007).

Auch für die Zukunft sah der Minister rosige Aussichten für das Land und seine Bevölkerung:

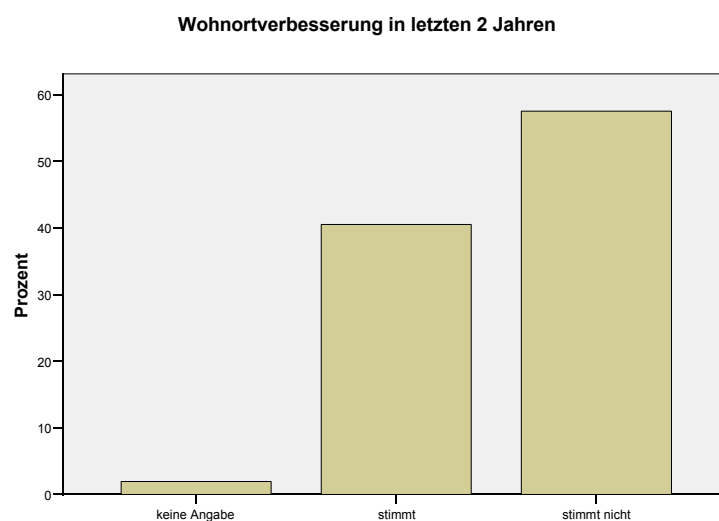
„Die Auftragsbücher der Unternehmen sind gut gefüllt. Der Aufschwung wird sich 2007 und 2008 im Land Brandenburg fortsetzen. Mit unserem Kurswechsel in der Wirtschaftsförderpolitik haben wir zudem die Weichen für Wachstum und mehr Beschäftigung gestellt. Besonders freue ich mich, dass sich die solide Wirtschaftsentwicklung inzwischen auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt – das bedeutet neue Zukunftsperspektiven für tausende Brandenburger Familien“ (ebenda).

Andere, wie etwa der Autor und China-Spezialist Frank Sieren, sehen dies ganz anders: „Deutschland hat bei 1500 Euro Schulden 3,50 Euro mehr eingenommen, muss aber allein 66 Euro Zinsen zahlen. 2007 hatte der Aufschwung in Deutschland im übertragenen Sinne den Wert einer Currywurst. Über achtzig Prozent der Deutschen haben ihn gar nicht gespürt“ (Sieren, 2008, S. 30).

Die zentrale Frage, die jedes Wirtschaftssystem beantworten muss – will es nicht Selbstzweck sein – ist, welche Effekte haben solche positiven Entwicklungen auf die Lebensumstände und die mentale Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Anders gesagt: Kommt der konstatierte Wirtschaftsaufschwung in der Bevölkerung an, zeigt er diesbezüglich auch positive Wirkungen?

Fazit: Der Aufschwung der Wirtschaft im Lande hat im aktuellen Bewusstsein der Brandenburgerinnen und Brandenburger auch zu optimistischen Einschätzungen geführt. Allerdings bleibt eine Mehrheit diesbezüglich eher pessimistisch.

Item 2



Dem Wohnort gehe es besser als vor zwei Jahren, meinen 40% unserer Befragten, während 58% eine derartige Verbesserung verneinen.

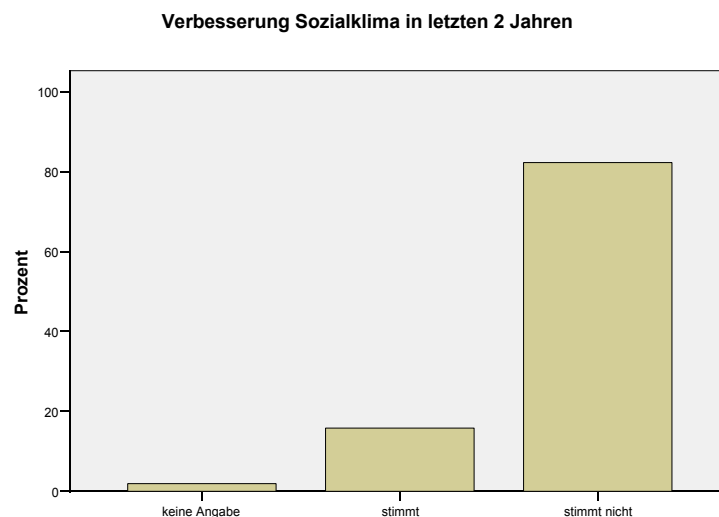
Im *engeren Verflechtungsraum* bemerkten 46% eine derartige Verbesserung und 50% nicht. Außerhalb dieses Raumes stellten nur 36% eine derartige Verbesserung fest, 63% aber nicht.

Nur ein knappes Drittel (32%) der *jüngeren* Brandenburger und Brandenburgerinnen bemerkten eine Verbesserung der

Situation am Wohnort in den letzten 2 Jahren. Bei den älteren waren es mit 45% deutlich mehr.

Fazit: Auch Verbesserungen der Situation am Wohnort haben positive Wirkungen im Meinungsbild der Befragten hinterlassen. Dies bezieht sich allerdings mehr auf die äußerlichen Erscheinungsformen der Wohnorte (Bautätigkeit, Infrastruktur etc.)

Item 3



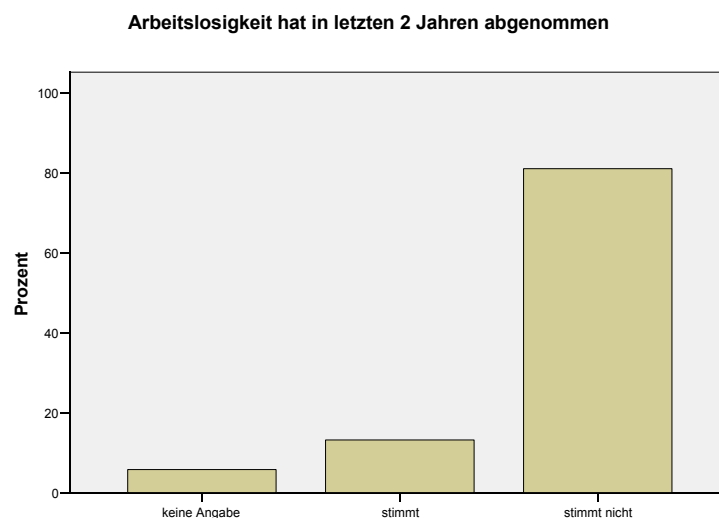
Das „Sozialklima“ – gemeint waren Hilfsbereitschaft, Nachbarschaftshilfe, Gemeinsinn – sei in den letzten zwei Jahren besser geworden. Dem stimmten nur 16% zu, während 82% ein „stimmt nicht“ abgaben. Nach Meinung von 23% der Befragten im *engeren Verflechtungsraum* hat sich das soziale Klima in den letzten zwei Jahren verbessert. Außerhalb dieses Raumes vertraten nur 9% die Meinung, dass hier Verbesserungen eingetreten sind.

Vergleichender Rückblick: Schon 2002 wurde von 71,2% der Befragten ein Absinken der gegenseitigen Unterstützung und Hilfeleistung für die letzten 12 Jahre konstatiert. 21,5% konstatierten damals ein Gleichbleiben des solidarischen Verhaltens.

2004 wurde diese Bewertung für den Zusammenhalt im Wohnort (bezogen auf die letzten 10 Jahre) erfasst. Eine Verschlechterung konstatierten 36%. Eine Verbesserung lediglich 15%.

Fazit: Das teilweise nostalgisch überhöhte, aber sicherlich in den Städten und Gemeinden der DDR vorhanden gewesene gute Sozialklima, scheint endgültig abhanden gekommen zu sein. Scheinbar ungewollt sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger in der ‚Ellenbogengesellschaft‘ angekommen.

Item 4

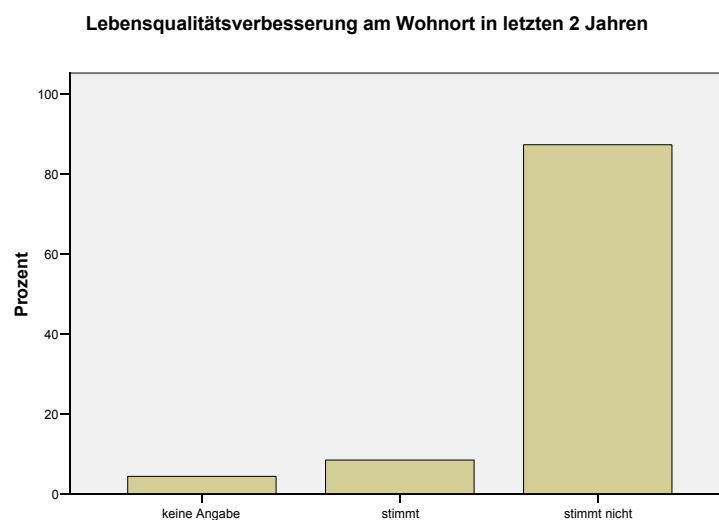


13% stimmten der Aussage zu, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren in der eigenen Region deutlich abgenommen habe. 81% aber meinten, dies stimme nicht!

20% der Befragten im *engeren Verflechtungsraum* nahmen eine solche Abnahme wahr, aber nur 8% außerhalb dieses Raumes.

Fazit: Der Aufwuchs von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (Erfolgsmeldungen der Bundesregierung) muss offensichtlich um Brandenburg einen Bogen gemacht haben, zumindest in der Wahrnehmung seiner Bewohner.

Item 5

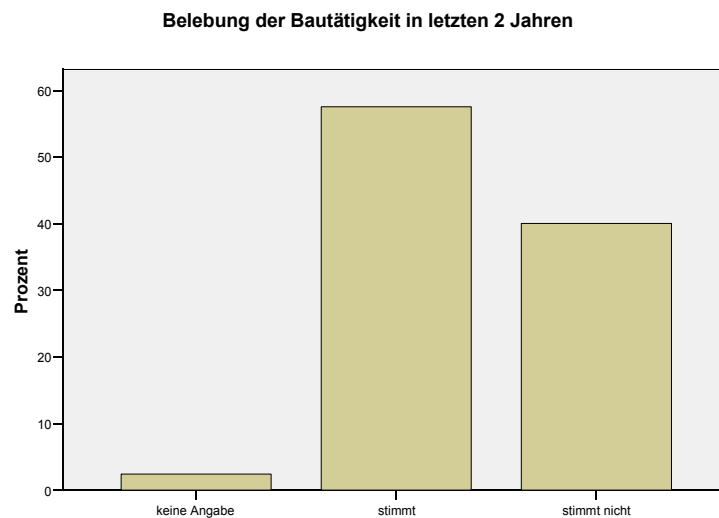


87% verneinten, dass es den Menschen ihres Wohnortes heute deutlich besser ginge als vor 2 Jahren. Nur 8% hingegen stimmten dieser Aussage zu.

81% der Befragten im *engeren Verflechtungsraum* nahmen eine derartige Verbesserung nicht wahr. Außerhalb dieses Raumes waren es sogar 92%.

Fazit: Trotz einer relativ großen Zustimmung der Befragten zur Wahrnehmung einer Verbesserung der Situation am Wohnort (Item 2, eher äußerlich) wird eine Verbesserung der Lebensqualität (per Einkommen Teilhabe an der Gesellschaft, psychisches Wohlbefinden etc.) nun wirklich nicht gesehen.

Item 6



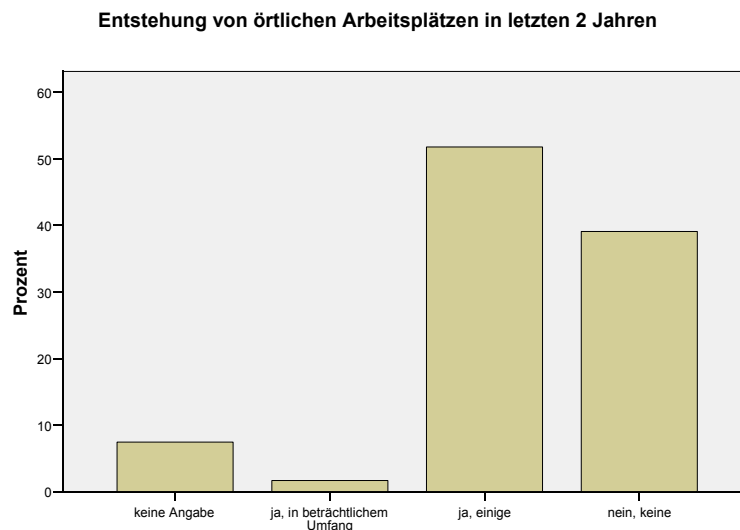
58% bemerkten in den letzten zwei Jahren eine deutliche Belebung der Bautätigkeit in ihrem Wohnort; 40% meinten, dies stimme nicht.

34% der Befragten im *engeren Verflechtungsraum* gaben an, in den letzten zwei Jahren keine deutliche Baubelebung

wahrgenommen zu haben. Außerhalb dieses Raumes waren es sogar 45%.

Fazit: Allerdings hat das positive Bewerten der Belebung der Bautätigkeit ganz offensichtlich nicht zu einer Verbesserung der eigenen Lebensqualität der Brandenburgerinnen und Brandenburger geführt. Bauen ohne sozialen Effekt, ohne positive Wirkungen auf die im Ort Lebenden, bleibt äußerlich und ist persönlich wenig relevant.

Item 7



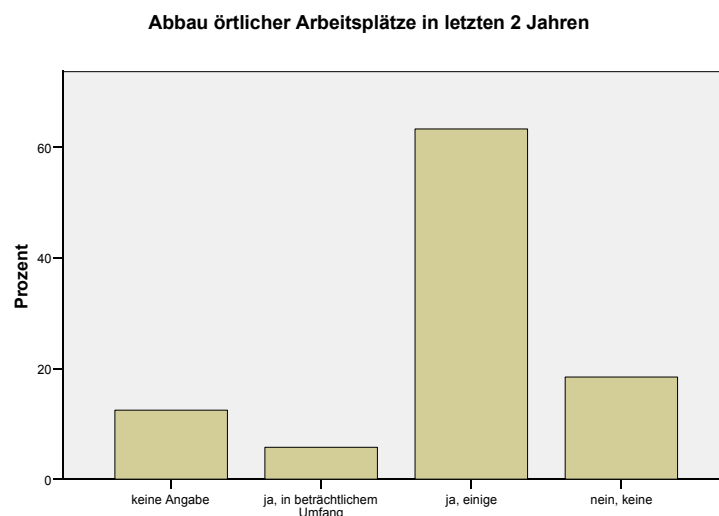
52% meinten auch, in den letzten zwei Jahren seien einige Arbeitsplätze in der jeweils eigenen Stadt/ Gemeinde entstanden, 2% würden sogar sagen, dass dies in beträchtlichem Umfang geschah. 39% konnten die Entstehung derartiger Arbeitsplätze nicht wahrnehmen.

59% der Befragten im *engeren Verflechtungsraum* stellten fest, es seien einige Arbeitsplätze entstanden. 29% meinten, es seien keine entstanden. Außerhalb dieses Raumes werden die Urteile deutlich negativer: 47% sagen „ja, einige“ und 46% sagen „nein, keine“.

Fast die Hälfte der *Jüngeren* (48%) war der Meinung, dass in den letzten 2 Jahren in ihrer Stadt/Gemeinde keine neuen Arbeitsplätze entstanden seien. Bei den Älteren war es nur ein Drittel (34%).

Fazit: Immerhin konstatierte eine Mehrheit der Befragten das Entstehen einiger Arbeitsplätze im Ort. Allerdings verweisen andere Items (17, 18, 19) darauf, dass solche Arbeitsplätze auf prekäre soziale Lagen und die Lebenszufriedenheit keinen nennenswerten positiven Effekt gehabt haben.

Item 8



Die Entstehung von Arbeitsplätzen geht allerdings mit gegenläufigen Entwicklungen einher. Es wurden in den letzten zwei Jahren auch einige Arbeitsplätze abgebaut, meinten 63% der Befragten. Für 6% war dies sogar in beträchtlichem Umfange geschehen und nur 18% konnten einen derartigen Abbau nicht erkennen.

Fazit: Aus dem Verhältnis der Entstehung einiger Arbeitsplätze am Ort und deren Abbau resultiert in der Einschätzung der befragten Einwohner Brandenburgs ein negativer Saldo.

3.2 Engagement von Kommune und Wirtschaft

Item 9



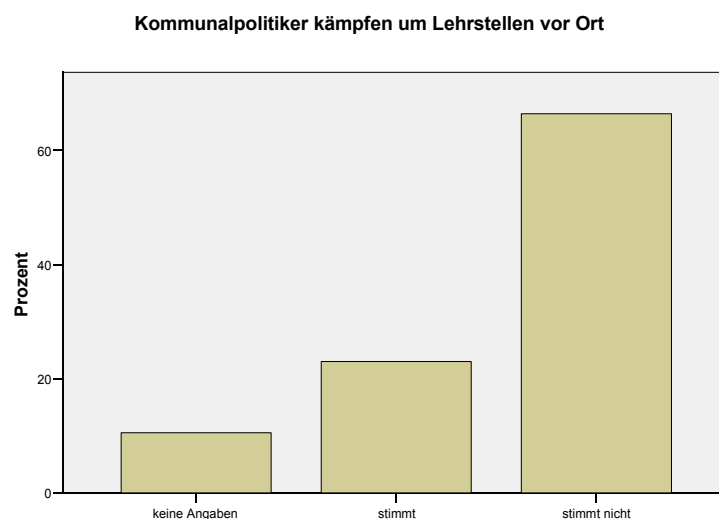
24% der Befragten meinten, die Kommunalpolitiker des jeweiligen Ortes hätten viel getan, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. 67% meinten hingegen, dass dies nicht so sei.

Im *engeren Verflechtungsraum* bestritten 59% der Befragten, dass die Kommunalpolitiker viel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit getan hätten. Außerhalb dieses Raumes waren es sogar 72%.

78% der *jüngeren Befragten* waren der Meinung, dass Kommunalpolitiker wenig für die Schaffung von Arbeitsplätzen am Wohnort getan haben. Bei den älteren fiel das Urteil mit 62% nicht ganz so hart aus.

Fazit: Vor dem Hintergrund der Möglichkeiten und Grenzen, die die Kommunalpolitik hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat, kann die Zustimmung eines guten Drittels zu diesem Item bei realistischer Betrachtung auch positiv bewertet werden. Faktisch wird dort, wo sich mehr entwickelt (engerer Verflechtungsraum), den Kommunalpolitikern auch mehr Engagement zugeschrieben.

Item 10



Ähnlich wurde auf die Frage geantwortet, ob die Kommunalpolitiker viel zur Verbesserung des Lehrstellenangebotes getan

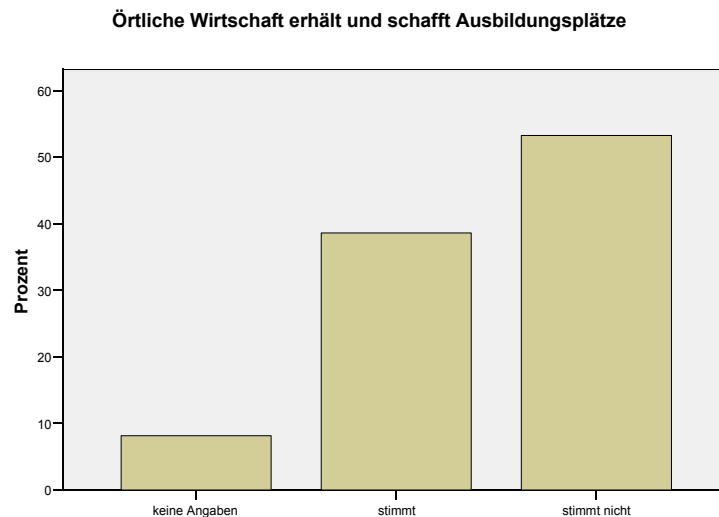
hätten. 23% meinten, dies sei so und 66% konnten ein derartiges intensives Engagement nicht entdecken.

Im *engeren Verflechtungsraum* sagten 60% der Befragten „stimmt nicht“. Außerhalb dieses Raumes waren es 71%.

Drei Viertel der *Jüngeren* waren der Meinung, dass Kommunalpolitiker nicht viel für die Schaffung von Lehrstellen getan haben.

Fazit: Die kritischen Werte hinsichtlich der Schaffung von Lehrstellen durch das Handeln von Kommunalpolitikern (naturgemäß besonders relevant für die Schulabgänger) bei den jüngeren Befragten können als ein Grund für Abwanderungsprozesse gerade dieser Gruppe aus den Städten und Gemeinden des Landes interpretiert werden. Und auch hier gilt: Dort, wo die Situation am schlechtesten ist (äußerer Entwicklungsraum), wird Kommunalpolitikern das geringste Engagement zuerkannt.

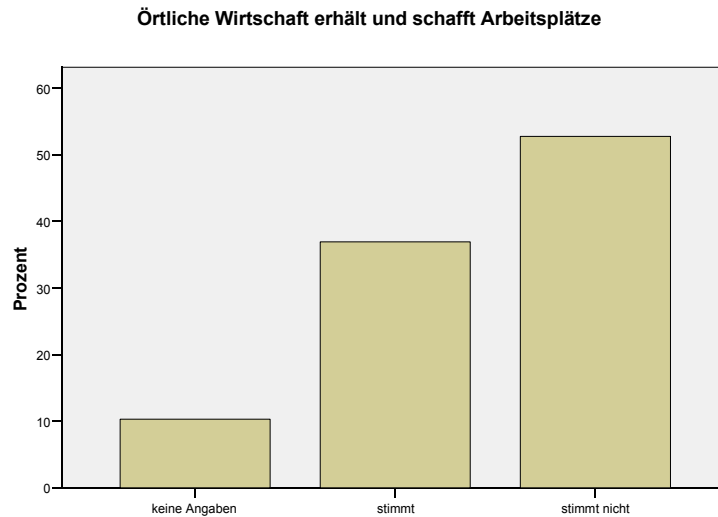
Item 11



Der Annahme, dass sich die ansässige Wirtschaft sichtbar für Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze engagiere, stimmten 39% zu. 53% konnten dieses Engagement nicht feststellen.

Fazit: Offensichtlich ist der Erfolg der Selbstverpflichtung der Industrie, des Handels und des Handwerks, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, im Bewusstsein und/oder der Realität der Bewohner Brandenburgs nicht nachvollziehbar.

Item 12

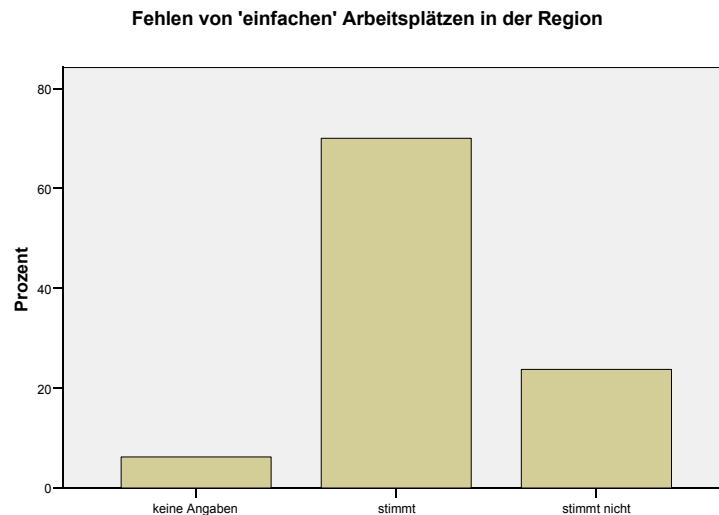


37% der Befragten meinten, die ansässige Wirtschaft engagiere sich sichtbar für Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze. 53% sagten allerdings auch, dies stimme nicht.

Fazit: Der örtlichen Wirtschaft (regionaler Mittelstand) wird noch am ehesten zugetraut, Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings ist auch dieses Vertrauen sehr verhalten.

3.3 Arbeit und Ausbildung

Item 13

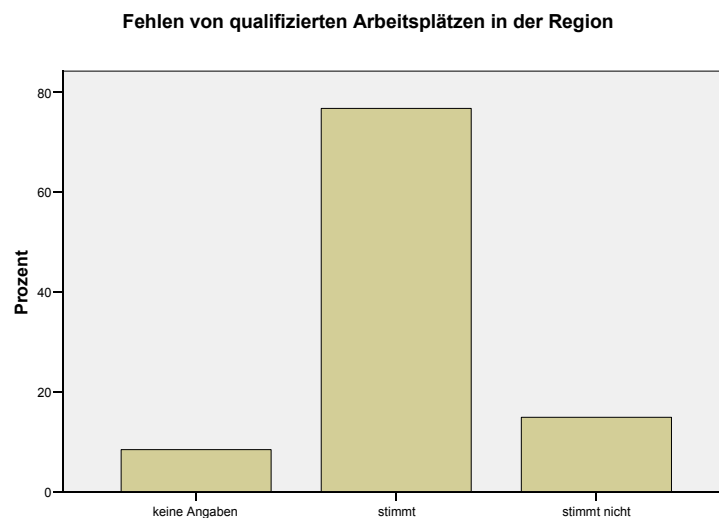


70% meinten, in der eigenen Region würden einfache Arbeitsplätze fehlen. 24% meinten, dies stimme nicht.

Vergleich mit dem Amt für Statistik: Die Arbeitslosenzahl ist seit dem Jahr 2007 erstmals unter den Wert von 200.000 gesunken, die Arbeitslosenquote für das Jahr 2008 liegt aktuell bei 13,5% (2006: 17%) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, Eigene Berechnungen).

Fazit: Bezüglich des Fehlens von ‚einfachen‘ Arbeitsplätzen in der Region hat sich in der Wahrnehmung der Befragten offensichtlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Wirtschaft dazu neigt, solche Arbeitsplätze in Billig-Lohn-Länder zu verlagern.

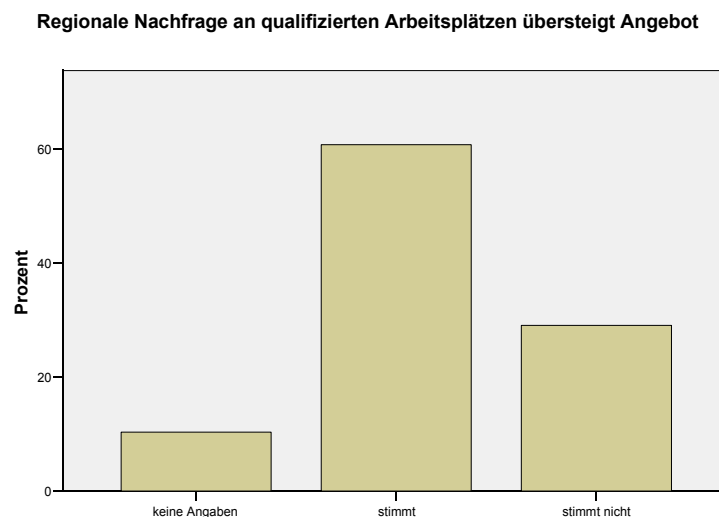
Item 14



Der Behauptung, es würden qualifizierte Arbeitsplätze fehlen, stimmten sogar 77% der Befragten zu. Nur 15% sahen hinreichend viele derartige Arbeitsplätze in ihrer Region.

68% der Befragten im *engeren Verflechtungsraum* konstatierten das Fehlen qualifizierter Arbeitsplätze. Außerhalb dieses Raumes beklagten sogar 84% dieses Defizit.

Item 15

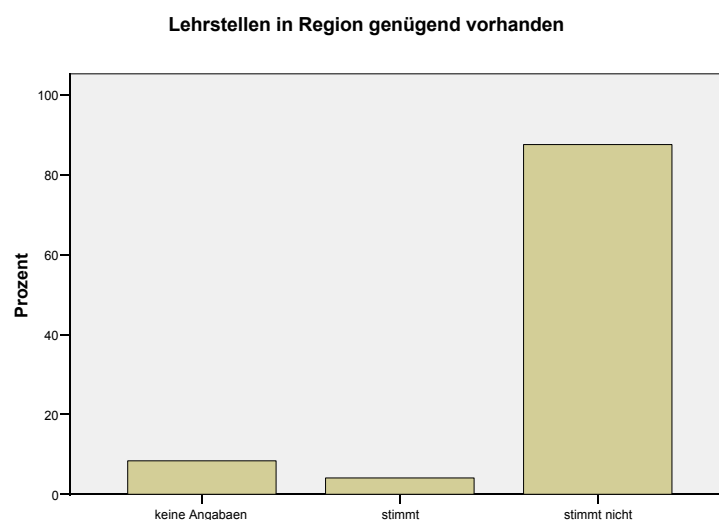


Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitsplätzen sei in der Region höher als das Angebot. Stimmt, sagten 61% aller Befragten und nur 29% waren gegenteiliger Auffassung.

Im *engeren Verflechtungsraum* waren 55% der Befragten dieser Meinung, außerhalb dieses Raumes sogar 65%.

Fazit: Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind zur übergroßen Mehrheit der Meinung, dass einfache und qualifizierte Arbeitsplätze in der Region nicht ausreichend vorhanden sind. Dies wird durch das vorliegende Antwortverhalten unterstrichen. Die regionale Nachfrage nach qualifizierten Arbeitsplätzen übersteigt das entsprechende Angebot.

Item 16



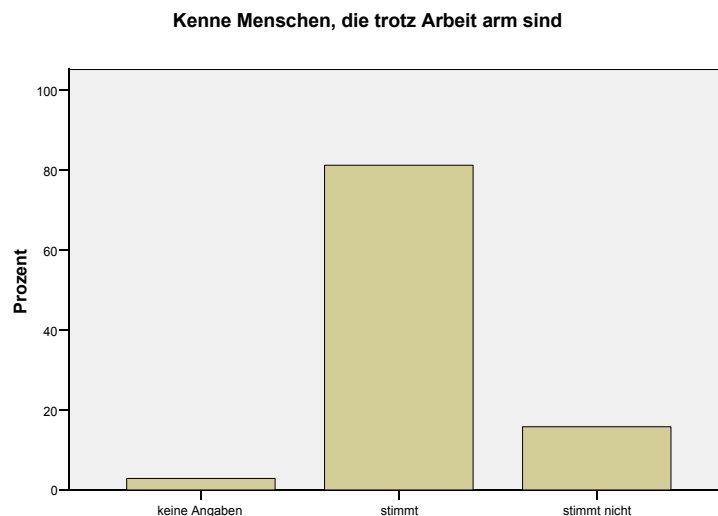
Nur 4% konnten die Behauptung unterstützen, dass es in der Region genug Lehrstellen gäbe. 88% waren anderer Auffassung.

Im *engeren Verflechtungsraum* lehnten 78% der Befragten diese Behauptung ab, außerhalb dieses Raumes waren es sogar 94%.

Fazit: Von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern wird ein großer Lehrstellenmangel konstatiert, der in Sonderheit für die peripheren Regionen des Landes Brandenburg zutreffend zu sein scheint. Dieser Mangel stimmt gut mit den bisher erlebten und prognostizierten Abwanderungsszenarien überein.

3.4 Verarmung

Item 17

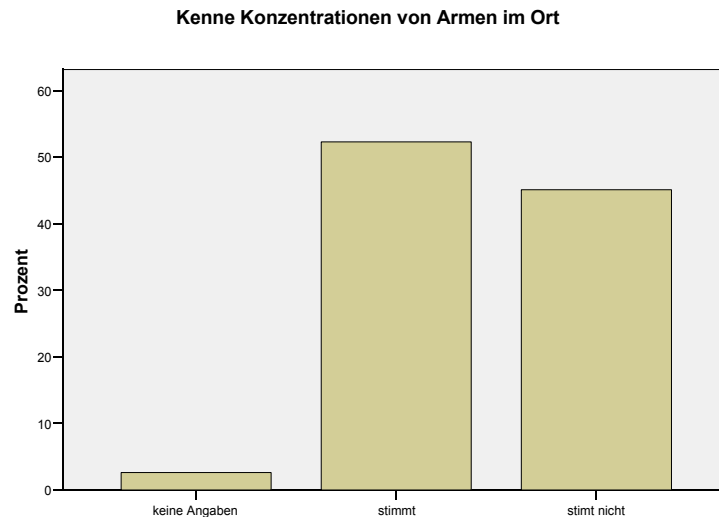


81% der Befragten kannten Mitbürgerinnen und Mitbürger, die durch Arbeit nicht genug verdienen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Nur 16% kannten solche Menschen nicht. *Vergleich mit Feststellungen der Volkssolidarität und anderer Fachleute:* Im April 2008 betonte der Präsident der Volkssolidarität, dass in Ostdeutschland 41% der Beschäftigten von Niedriglohn betroffen sind. Dieser sei zudem von 2004 bis 2006 durchschnittlich von 5,38 auf 4,86 Euro gesunken (Pressemitteilung der Volkssolidarität 24/2008).

„Statt der Frage, wie viele Menschen Arbeit haben, müssen die Deutschen sich nun eine Frage stellen, die sich die Amerikaner schon seit Jahren stellen müssen: Wie gut ist Arbeit bezahlt?“ (Sieren, 2008, S. 30).

Fazit: Die ‚Armut, trotz Arbeit‘ vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger ist in der Wahrnehmung der Befragten äußerst präsent.

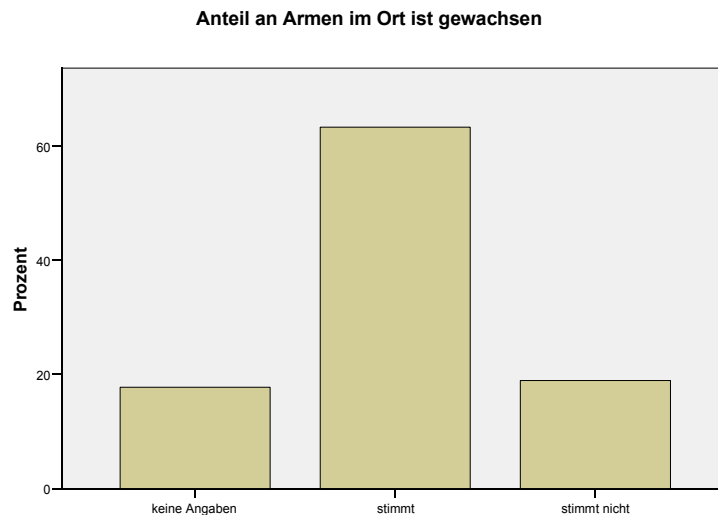
Item 18



Die Armen konzentrieren sich in bestimmten Straßen, Vierteln, Blocks. Diese Aussage würden 52% der Befragten unterschreiben. 45% meinen, dies sei nicht so.

Fazit: Die Konzentration von Armut in bestimmten Straßen, Vierteln und Ortsteilen ist eher ein Problem der Städte denn der kleineren Gemeinden, in denen die Armut eher versteckt und dezentral auftritt.

Item 19



Während 63% meinten, der Anteil an Personen in der Gemeinde, die von sozialen Leistungen (ALG I, II, Sozialhilfe und Spenden) leben müssen, sei gewachsen, lehnten 19% eine solche Behauptung ab.

Vergleichender Rückblick:

Nach ihren Befürchtungen im Jahr 2002 befragt, fühlten sich 84,5% der Brandenburgerinnen und Brandenburger stark und sehr stark durch Arbeitslosigkeit, 68,8% durch Kriminalität, 52,7% durch Armut und 39% durch das Verkehrschaos beunruhigt. Ein ähnliches Bild stellte sich 2001 bei einer Befragung in Potsdam dar:

Arbeitslosigkeit	84%
Kriminalität	84%
Verkehrschaos	66%
Armut	55%

Vergleich mit Feststellungen der Volkssolidarität: Im April des Jahres 2008 verwies der Präsident der Volkssolidarität auf Statistiken, nach denen bereits 2005 etwa 26% der in Deutschland Lebenden armutsgefährdet waren. Bei den Ostdeutschen seien es rund 35% gewesen (Pressemitteilung der Volkssolidarität 21/2008).

Vergleich mit Feststellungen der Bundesagentur für Arbeit: Für das Land Brandenburg konstatierte die Agentur im April 2008: „Allein bei den **im Rechtskreis des SGB II betreuten Arbeitslosen** mit Alg II-Bezug sank die Arbeitslosenzahl in den letzten zwei Jahren um 18.000 - von 149.000 im Januar 2006 auf 131.000 Personen im Januar 2008“ (Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg).

Fazit: Im Vergleich zu früheren Erhebungen hat sich der Anteil von in Armut Lebenden bzw. die Furcht vor Verarmung im Urteil der Befragten erhöht.

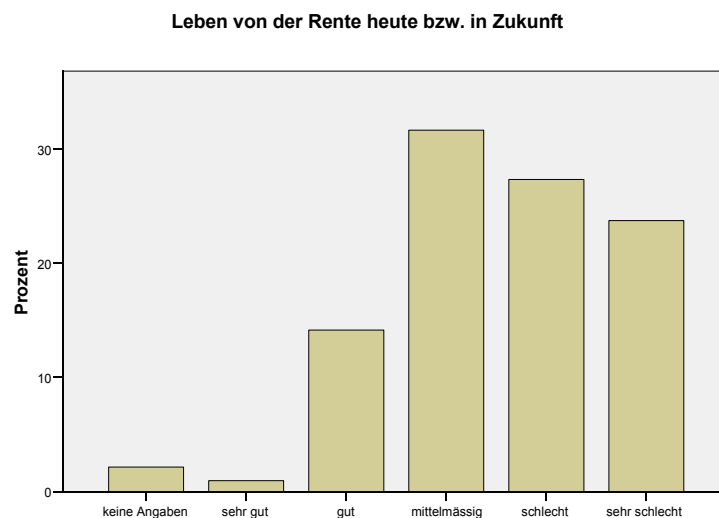
Item 20



Auch Personen der so genannten Mittelschicht könnten sich gegenwärtig weniger leisten als früher, meinten 76% der Befragten. 18% sagten, dies stimme nicht.

Fazit: Eine große Mehrheit der Befragten konstatierte einen Kaufkraftverlust auch der Mittelschicht. Dies belegen auch viele Statistiken. Für eine soziale Kommunalpolitik ist es also angezeigt, diese Interessenlagen ebenfalls zu artikulieren. Freilich erst nach den drängenden Problemen der wirklich Armen.

Item 21



Wie leben sie heute von ihrer Rente? Wie glauben sie einmal von ihrer Rente leben zu können, wenn es so weit ist? – Dies waren die Fragen, die auf einer fünfstufigen Skala zu beantworten waren. 1% beantworteten sie mit sehr gut, 14% mit gut, 32% mit mittelmässig, 27% mit schlecht und 24% mit sehr schlecht.

Innerhalb des engeren Verflechtungsraumes meinten 40% der Befragten, jetzt und in Zukunft schlecht und sehr schlecht mit ihrer Rente auskommen zu können. Außerhalb dieses Raumes wählten 58% der Befragten diese beiden Kategorien.

Hinsichtlich der Einschätzung des Auskommens mit der Rente bzw. mit der erwarteten Rente unterscheiden sich Ältere und *Jüngere* ganz deutlich. Immerhin 60% der älteren Befragten

sind der Meinung, dass ihr diesbezügliches Auskommen sehr gut (2%), gut (18%) bzw. mittelmäßig (40%) ist oder sein wird.

Jüngere sehen dieses vermutete Auskommen deutlich pessimistischer. So sind nur 8% von ihnen der Meinung, dass sie gut mit der Rente auskommen werden, weitere 17% schätzen es als mittelmäßig ein. 30% dieser Gruppe sehen ein schlechtes Auskommen mit ihrer Rente und 44% erwarten ein sehr schlechtes Leben im Alter.

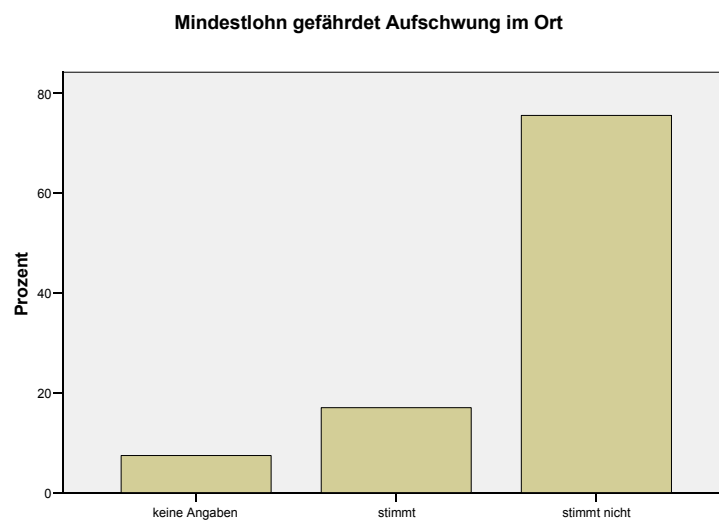
Vergleich mit Feststellungen der Volkssolidarität: Der Präsident der Volkssolidarität, G. Winkler, betonte im April 2008, dass von den Jahrgängen 1942 bis 1961, die in den nächsten 20 Jahren in Rente gehen, 30% in Ostdeutschland ausschließlich die gesetzliche Rente erhalten werden. Sie verfügen nicht über Zusatzversorgungen und private Vorsorge. Von den heute 45- bis 65-jährigen Arbeitern und Angestellten in den neuen Bundesländern haben etwa 67% eigene Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit. Sie waren im Durchschnitt mehr als acht Jahre arbeitslos. All diese Faktoren werden sich beträchtlich auf die realen Renten auswirken (Pressemitteilung der Volkssolidarität 24/2008).

Fazit: Das Leben von den Renteneinkünften wird immer schwieriger, auch die Projektion in die Zukunft verheißt diesbezüglich nichts Gutes. So könnte man das Meinungsbild der Bewohner des Landes Brandenburg im Kontext der Altersvorsorge beschreiben. Dies ist ein überaus deutlicher

Hinweis darauf, mit der Entwicklung neuer Rentenkonzepte für die Zukunft Ernst zu machen. Der Aspekt der Generationengerechtigkeit sollte dabei einen hohen Stellenwert haben.

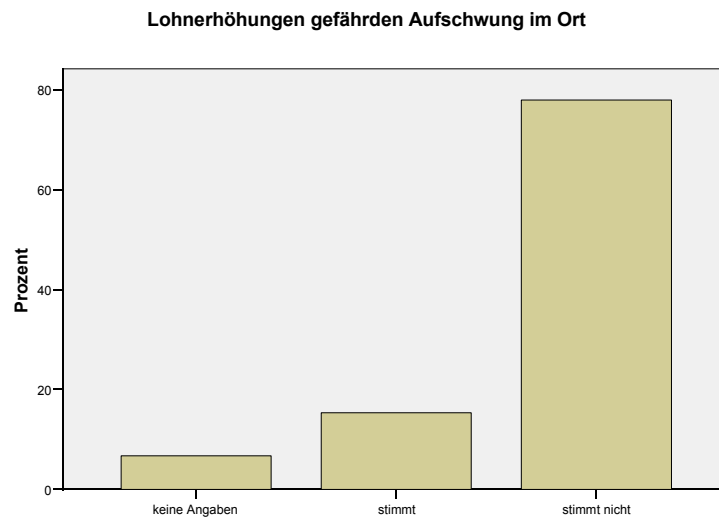
3.5 Befürchtungen, Einstellungen zwischen Aufschwung und Armut

Item 22



Die Diskussion um die Mindestlöhne gefährdet den Aufschwung in Stadt und Gemeinde. 76% aller Befragten lehnten eine derartige Behauptung ab.

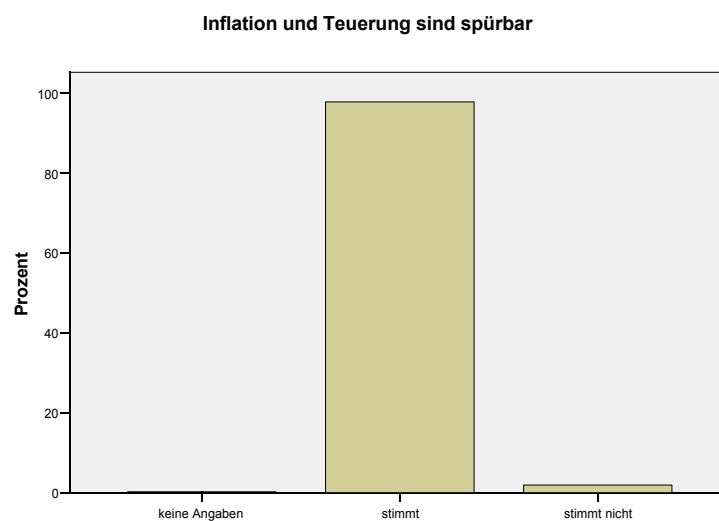
Item 23



Ebenso meinten 78% der Befragten, die Forderung nach Lohnerhöhung würde den Aufschwung nicht bremsen.

Fazit: Große Mehrheiten der befragten Brandenburgerinnen und Brandenburger sehen Mindestlohn und reale Lohnerhöhungen nicht als Gefährdungsfaktoren für den Aufschwung in ihrem Ort, ihrer Region.

Item 24



98% aller Befragten spürten Inflation und Teuerung.

Vergleich mit Daten des Statistischen Bundesamtes: Die Inflationsrate der letzten Monate eilt von Rekord zu Rekord. Sie lag für den Monat März 2008 bundesweit bei 3,1% (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 151 vom 16.04.2008). Das ist der höchste Wert seit der Einführung des Euro. Die Teuerung betrifft vor allem die Kosten für Energie und Nahrungsmittel. Sie trifft Einkommensschwache deutlich härter als gut Verdienende. Der Anteil der Letzteren schrumpft allerdings immer mehr, während die Verarmung größer wird und sich auch der Mittelschicht nähert.

Im Vergleich zum Jahr 2007 verteuerten sich Kraftstoffe um 12,3%, leichtes Heizöl um satte 40%, der Strom um 7,2%. Für Lebensmittel mussten die Verbraucher in Deutschland im Durchschnitt 8,6% mehr ausgeben als ein Jahr zuvor. Folgende Nahrungsmittel verzeichneten dabei den höchsten Preisanstieg:

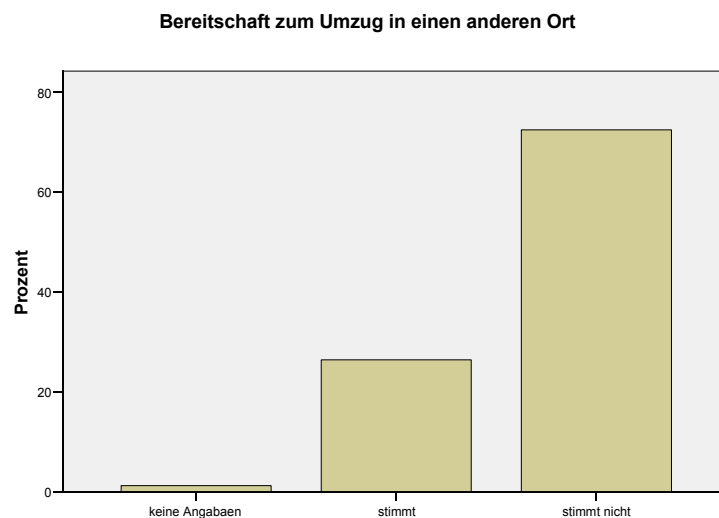
Nahrungsmittel	Anstieg zum Vorjahr in %
Zitronen	59,2
Speisequark	46,6
Mehl	34,2
Blumenkohl	33,2
Frische Vollmilch	31,0
H-Milch	28,2
Süße Sahne	27,2
Schnittkäse	26,8
Nudeln	26,3
Kondensmilch	25,5

Diese Tabelle enthält Nahrungsmittel, die zur Grundernährung beitragen und für die meisten unverzichtbar sind. Auch hier trifft

es den einkommensschwachen Teil der Bevölkerung, zum Beispiel Familien mit Kindern, in besonderer Weise. Ein Ende dieser Preissteigerung ist nicht abzusehen. Der Bauernpräsident G. Sonnleitner diktiert der Presse in die Laptops: „Nach Jahren sinkender Preise ist jetzt klar: Die Zeiten günstiger Lebensmittel sind vorbei – auch wenn es vereinzelt noch Preissenkungen gibt“ (Berliner Morgenpost vom 17. April 2008, S.1). Und ein schon mehrfach zitierter Autor stellt generalistisch fest: „Die Deutschen konnten sich in den letzten zwanzig Jahren für ihren Lohn nie so wenig kaufen wie im vergangenen Jahr“ (Sieren, 2008, S. 30).

Fazit: Fast alle Befragten spürten die Inflation und Teuerung persönlich. Dieser Wert bedarf keines Kommentars. Allerdings heißt das für die Kommunal- und Landespolitik eindeutig, realistische Konzepte zu entwickeln bzw. zu unterstützen, die eine Teuerung von Energie, Wasser, Lebensmittel langfristig vermeiden können. Dabei stellt sich auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Globalisierung der Weltwirtschaft und den Problemen der Ausbeutung, Armut und des Hungers in den Ländern der Dritten Welt.

Item 25



72% der Befragten würden nicht jederzeit in eine andere Stadt oder Gemeinde ziehen. 26% hingegen meinten, sie würden dies tun.

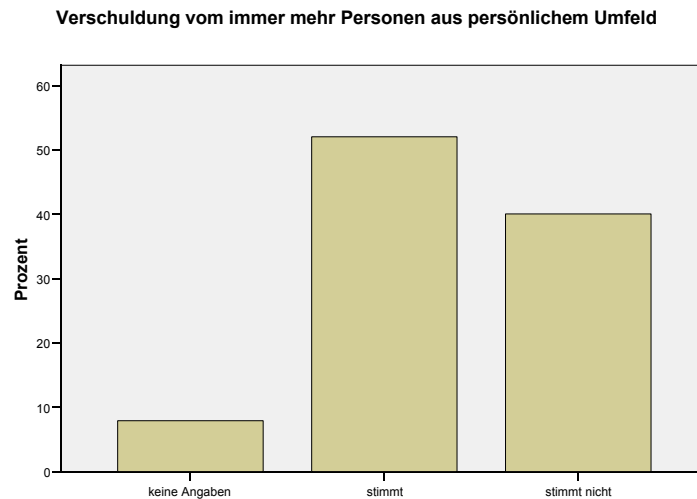
Gravierend unterschiedlich ist die Wanderungsbereitschaft zwischen den *jüngeren* und älteren Brandenburgerinnen und Brandenburgern verteilt. Nur 11% der Älteren wären bereit, ihre Stadt bzw. Gemeinde (**jederzeit**) zu verlassen. Bei den Jüngeren ist es eine Mehrheit von 56%, die bereit wäre zu gehen. Diese, auch in anderen Studien beschriebene, demographische Zeitbombe wird hier nochmals eindrücklich bestätigt.

Vergleichender Rückblick: Die Abwanderungsbereitschaft der Brandenburger erfassen eigene Studien seit 1993. 1993 sahen

75% der Befragten keine Chancen für Jugendliche in der Gemeinde, 26% in der Region und 10% im Land. 2002 stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar: Wohnort 57%, Region 28,5% und Land 19,9%. 2004 bewerteten 72% der Befragten die beruflichen Zukunftsaussichten von Kindern und Jugendlichen im Land als schlecht. 42% meinten, sie würden sich für einen Arbeitsplatz auch in einem anderen Bundesland ansiedeln.

Fazit: Diese enorm hohe Abwanderungsbereitschaft von Jüngeren kann nur gebremst werden, wenn es in den Kommunen und Städten gelingt, mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, wenn es gelingt, die Orte und Regionen attraktiver für jüngere Menschen zu gestalten und eine Teilhabe an der Entwicklung zu ermöglichen. Unsere Studie ‚Die mentale Repräsentation des demographischen Wandels im Land Brandenburg‘ aus dem Jahre 2007 belegt, dass unter solchen Umständen auch Jüngere der traditionellen Bodenständigkeit der Märker folgen würden. Allerdings sind die ererbten demographischen Schieflagen (zwei Weltkriege; seit Jahrzehnten sinkende Geburtenraten) starke Korrektive zu derartigen Bemühungen und zwingen gelegentlich auch zu harten strukturpolitischen Maßnahmen.

Item 26



52% aller Befragten meinten, dass sich in den letzten zwei Jahren immer mehr Personen aus dem persönlichen Umfeld verschuldet hätten. 40% meinten, dies stimme nicht.

44% der Befragten aus dem *engeren Verflechtungsraum* stimmten der Verschuldungsthese zu. Außerhalb dieses Raumes waren es sogar 56%.

Jüngere Befragte haben bezüglich der letzten 2 Jahre mit 64% deutlich mehr Kenntnis von verschuldeten Personen in ihrem persönlichen Umfeld als Ältere mit 45%.

Vergleichender Rückblick: 39% der Befragten kannten im Jahr 2004 im Familien- und Bekanntenkreis Personen, die größere Miet- bzw. Kreditschulden hatten.

Fazit: Diese Kenntnis von Verschuldung im unmittelbaren Freundes- und Familienkreis (ein sehr verbindliches Urteil) konterkariert auf nachhaltige Weise einen propagierten Aufschwung. Sie kann als Indiz dafür gelten, dass das erzielte Einkommen für den Lebensunterhalt nicht mehr ausreicht.

Item 27

Was macht das eigene Leben wertvoll?

Wert	Wahl in Prozent	Rangplatz
gute Freunde haben	64%	1
Familie haben	59%	2
eine interessante Arbeit haben	41%	3
in gesunder Umwelt leben	39%	4
in sozialer Gerechtigkeit leben	37%	5
Kinder haben	36%	6
ein ordentliches Leben führen	34%	7
Geld verdienen	33%	8
gesund leben	31%	9

18 Werte wurden vorgegeben, von denen jeder Befragte 5 auswählen konnte. 64% hielten „gute Freunde haben“ für einen wichtigen Wert (Rangplatz 1). „Familie haben“ war 59% wichtig (Rangplatz 2). 41% wählten „eine interessante Arbeit haben“ (Rangplatz 3). „In gesunder Umwelt leben“ mache das eigene Leben wertvoll, sagten 39% (Rangplatz 4). Immerhin 37% meinten, „in sozialer Gerechtigkeit leben“ sei für sie

bedeutsam (Rangplatz 5). „Kinder haben“, das fanden 36% wichtig (Rangplatz 6). Fast ähnlich hoch (34%) fiel die Zustimmung zur Formel „ein ordentliches Leben führen“ aus (Rangplatz 7). Genau ein Drittel der Befragten wählte „Geld verdienen“ (Rangplatz 8). Und 31% legten Wert auf „gesund leben“ (Rangplatz 9).

Einige geschlechtstypische Wertepräferenzen lassen sich aufzeigen. *Frauen* (19%) betonten seltener als *Männer* (30%), dass es ihnen wichtig sei, ihren Überzeugungen treu zu bleiben. Mehr *Frauen* (41%) betonten die Wichtigkeit von Kindern (*Männer*: 31%). Auch die Familie bildete für mehr *Frauen* (67%) als *Männer* (51%) einen Wert, an dem sie sich orientierten. 42% der *Frauen* nannten den Wert soziale Gerechtigkeit. Bei den *Männern* waren es nur 31%.

Hinsichtlich der Wertepräferenz unterscheiden sich die ‚bis 40jährigen‘ und die ‚ab 41jährigen‘ in folgender Weise:

Wert	Jüngere	Ältere
<i>Werte mit höherer Bedeutsamkeit für Jüngere</i>		
Träume und Visionen haben	29%	18%
gute Freunde haben	73%	59%
Qualifizierungsmöglichkeiten haben	21%	4%
eine interessante Arbeit haben	58%	32%
Geld verdienen	56%	21%

<i>Werte mit höherer Bedeutsamkeit für Ältere</i>		
Wert	Jüngere	Ältere
in gesunder Umwelt leben	27%	45%
einer Überzeugung treu bleiben	16%	29%
sich kulturell betätigen	3%	18%
gesund leben	19%	38%
in sozialer Gerechtigkeit leben	19%	47%
vor Kriminalität geschützt sein	10%	28%

Gesundheit, ein Leben in gesunder Umwelt, kulturelle Betätigung, soziale Gerechtigkeit, einer Überzeugung treu bleiben, Schutz vor Kriminalität – dies sind Werte, die den älteren Befragten wichtiger waren als den jüngeren.

Die Jüngeren wählten gute Freunde, Qualifizierungsmöglichkeiten, interessante Arbeit, Geld verdienen, Träume und Visionen haben vergleichsweise häufiger als die Älteren.

Vergleichender Rückblick: Die fünf am meisten genannten Werte unserer aktuellen Untersuchung sind familien-, arbeits- und sozialbezogene Werte.

Geregelte, gute soziale Beziehungen im familiären und außerfamiliären Rahmen, soziale Gerechtigkeit und eine interessante Arbeit wurden von den Befragten als zentral angesehen.

Dass diese Werteprioritäten schon längere Zeit existieren, zeigt die folgende Tabelle, die einen Befragungszeitraum von anderthalb Jahrzehnten umfasst.

Was macht das eigene Leben wertvoll?	Jan. 1993	1997	1998	2002	2004	2008
Träume und Visionen haben				8	27	22
gute Freunde haben	91/85*	46	43	30	64	64
in gesunder Umwelt leben				14	36	39
Interessen der Einheimischen wahrnehmen				3	5	5
einer Überzeugung treu bleiben				20	18	24
Qualifizierungsmöglichkeiten haben				15	16	10
sich für die Interessen der Region einsetzen				3	5	8
sich kulturell betätigen				2	15	13
Kinder haben					47	36
ein ordentliches Leben führen	74/91/80**		28	38	23	34
eine interessante Arbeit haben	91	39	42	33	34	41
Familie haben	*** 77		57	37	56	59

gesund leben				27	26	31
Liebesbeziehun g(en) haben				4	13	9
Geld verdienen		60	39	20	32	33
in sozialer Gerechtigkeit leben	**** 80		27	40	30	37
sportlich aktiv sein				3	13	10
vor Kriminalität geschützt sein					16	22

*(Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft)

** (sauber, ehrlich, gerecht)

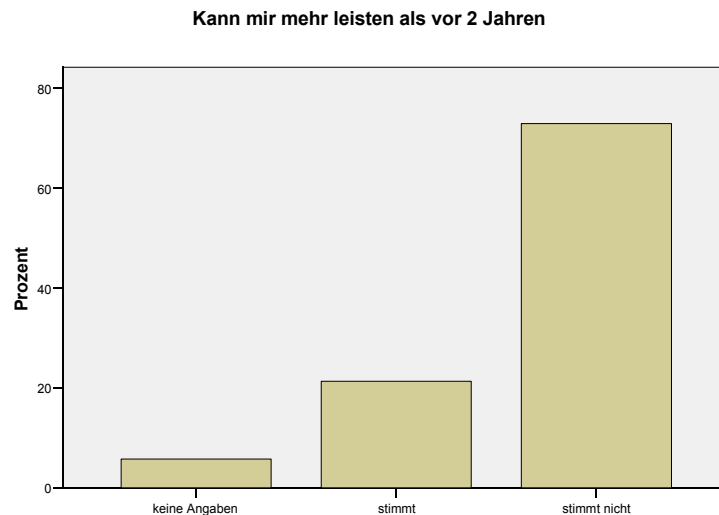
*** (Familiensinn)

**** (Gerechtigkeitssinn)

Vergleich der Wertpräferenzen der Brandenburgerinnen und Brandenburger von 1992-2008: Angaben in Prozent; Kategorien der neunziger Jahre stimmen mit den aktuellen nur bedingt überein

Fazit: Die Werte der Brandenburger sind seit Jahren in erster Linie auf Freunde, Familie und Kinder gerichtet. An zweiter Stelle steht eine interessante Arbeit, die den Lebensunterhalt sichert. Soziale Gerechtigkeit und Visionen sind sehr aktuelle Werte, die neben gesundheits- und umweltbezogenen Orientierungen stehen. Wertkonservative Muster wie "ein ordentliches Leben führen" spielen nach wie vor eine Rolle. Werte wie „Liebesbeziehungen haben“ und sich „kulturell betätigen“ sind eher peripher.

Item 28



Nur 21% stimmten der Aussage zu, sie würden sich heute mehr leisten können als vor zwei Jahren, 73% verneinten dies.

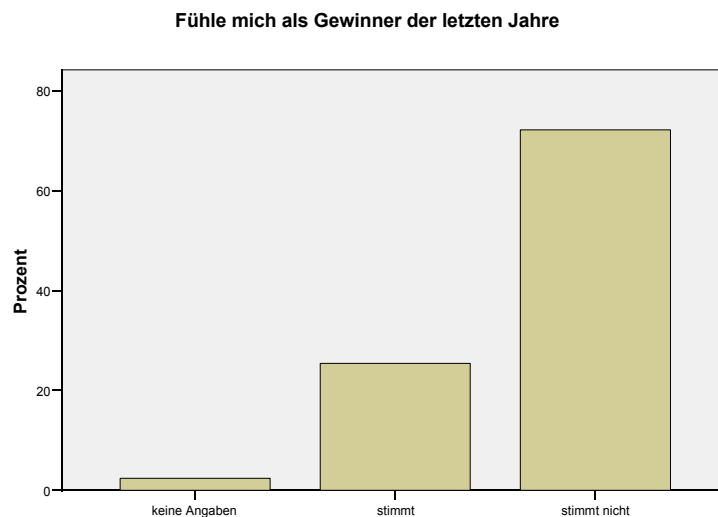
Ein knappes Drittel (32%) der *Jüngeren* war der Meinung, sich heute mehr leisten zu können als noch vor 2 Jahren. Bei den Älteren beträgt der Anteil lediglich 16%.

Vergleichender Rückblick: 33% der Befragten konstatierten im Jahre 2004 eine Verringerung ihres Einkommens, 21% sahen keine Veränderung (im Vergleich mit den letzten 10 Jahren).

Vergleich mit Infratest dimap vom April 2008: Profitieren Sie vom Wachstum? Dies fragte Infratest im April und 15% der Brandenburgerinnen und Brandenburger antworteten mit ja, 84% mit nein.

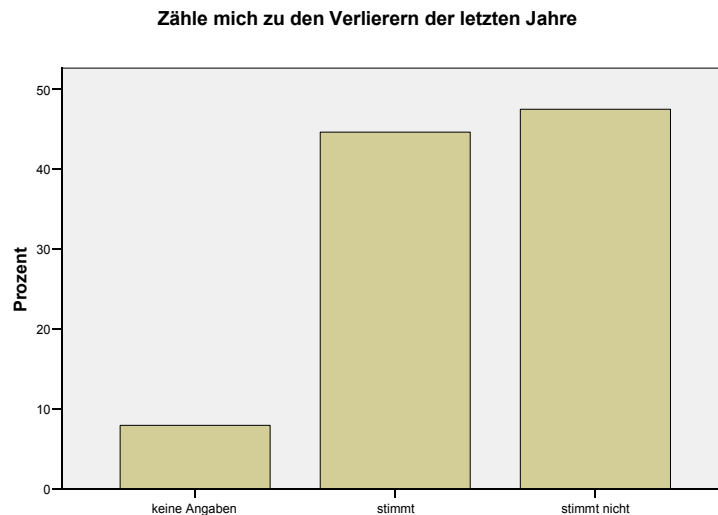
Fazit: Dass fast zwei Drittel der Befragten meinten, sich nicht mehr leisten zu können als vor 2 Jahren, darf als deutliches Zeichen der Schwächung der Binnennachfrage gewertet werden. Der wirtschaftliche Aufschwung wird auch in Brandenburg offensichtlich wesentlich stärker durch den Export getragen als durch den Binnenmarkt. Ändern sich die Rahmenbedingungen auf den Weltmärkten (und sie können sich sehr schnell ändern!), ist ein Wachstum ohne starke Binnennachfrage äußerst fragil.

Item 29



Immerhin zählten sich 25% der Befragten zu den Gewinnern der letzten Jahre, 72% hingegen nicht.

Item 30



Zu den Verlierern der letzten Jahre zählten sich 48% der befragten Personen, 45% verneinen dies.

Über die Hälfte (51%) der älteren Befragten sah sich als Verlierer der letzten Jahre. Bei den *jüngeren* beträgt der Anteil nur ein Drittel (33%).

Vergleichender Rückblick: Nach dem beruflichen und persönlichen Weg der letzten 10 Jahre im Jahr 2004 befragt, bewerteten ihren Weg 37% als Stagnation, 29% als Aufstieg, 19% als Abstieg und 11% als Umstieg.

Fazit: Die übergroße Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger zählt sich nicht zu den Gewinnern der letzten Jahre. Als Verlierer sah sich eine knappe Hälfte der Befragten. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass das Zurechnen der eigenen Person zum Kreis der Verlierer ein hartes individuelles

Urteil ist und sich offensichtlich nicht nur auf die Einkommensseite bezieht.

Das dauerhafte Erleben des Gefühls, nicht zu den Gewinnern der Gesellschaft zu gehören, eher auf der Seite der Verlierer angesiedelt zu sein, kann zu Demotivation, Depression aber auch zu Radikalisierungstendenzen führen.

Item 31

Bereiche in denen ich mir mehr leiste als vor zwei Jahren

Bereich	Wahl des Bereichs in Prozent
Urlaub und Reisen	23%
Kleidung	16%
Sport/ Freizeit	15%
Wohnung/ Haus	14%
Kraftfahrzeug	14%
Sparen	14%
elektronische Geräte	14%
Altersvorsorge	13%

Wir wollten wissen, in welchen Bereichen sich die Befragten mehr leisten als vor zwei Jahren. Aus 12 Vorgaben konnten jeweils 3 Bereiche ausgewählt werden.

An erster Stelle steht hier „Urlaub und Reisen“ mit 23%, gefolgt von „Kleidung“ (16%) und „Sport/ Freizeit“ (15%). An vierter Stelle folgen vier Bereiche gleich auf (14%): „Wohnung/ Haus“, „Kraftfahrzeug“, „Sparen“ und „elektronische Geräte“. Mit geringfügigem Abstand (13% der Befragten nannten diesen Bereich) folgte die „Altersvorsorge“.

Vergleichender Rückblick: Vor vier Jahren stellten wir diese Fragen in ähnlicher Form schon einmal. In folgenden Bereichen leiste ich mir mehr als vor 10 (2) Jahren:

	2004	2008
Lebensmittel	15	11
elektronische Geräte	22	14
Wohnung/Haus	26	14
Urlaub / Reisen	27	23
Sport/Freizeit	11	15
Sparen	13	14
Möbel	5	2
Kleidung	23	16
Kfz	26	14
Kunst/Kultur	9	7
Altersvorsorge	15	14
Bildung	7	6
In keinem Bereich	28	46

Vergleich 2004/2008, 'Ich kann mir mehr leisten' Angaben in %

28% der Befragten im Jahr 2004 meinten, sie können sich in keinem der genannten Bereiche mehr leisten. 27% leisteten sich im Bereich „Urlaub/Reisen“, 26% bei „Wohnung/Haus“ und 26% bei „Kfz“ mehr.

Item 32

Bereiche in denen ich mir weniger leiste als vor zwei Jahren

Bereich	Wahl des Bereichs in Prozent
Urlaub und Reisen	37%
Sparen	27%
Kleidung	18%
elektronische Geräte	16%
Kunst/ Kultur	15%
Lebensmittel	13%
Sport/ Freizeit	13%
Möbel	12%
Haus/ Wohnung	12%
Altersvorsorge	12%

Wir wollten wissen, in welchen Bereichen sich die Befragten weniger leisten als vor zwei Jahren. Aus 12 Vorgaben konnten jeweils 3 Bereiche ausgewählt werden. Die größte Rate der Befragten leistete sich im Bereich „Urlaub und Reisen“ (37%) weniger. Es folgt mit 27% der Bereich „Sparen“. Auf Platz drei wurde mit 18% „Kleidung“ genannt und Platz vier nimmt der Bereich „elektronische Geräte“ (16%) ein. Auf Platz fünf befindet sich „Kunst/ Kultur“ mit 15%. 13% der Befragten sparten jeweils an „Lebensmitteln“ und an „Sport/ Freizeit“. Jeweils 12% gaben an, sich in den Bereichen „Möbel“, „Wohnung/ Haus“ und „Altersvorsorge“ weniger zu leisten.

Vergleichender Rückblick: Vor vier Jahren stellten wir diese Fragen in ähnlicher Form schon einmal. In folgenden Bereichen leiste ich mir weniger als vor 10 (2) Jahren:

	2004	2008
Lebensmittel	11	13
elektronische Geräte	13	16
Wohnung/Haus	10	12
Urlaub / Reisen	37	37
Sport/Freizeit	15	12
Sparen	32	27
Möbel	17	12
Kleidung	22	18
Kfz	16	10
Kunst/Kultur	23	15
Altersvorsorge	12	12
Bildung	7	5
In keinem Bereich	22	33

Vergleich 2004/2008, 'Ich kann mir weniger leisten'
Angaben in %

Bereits im Jahr 2004 meinte die Hälfte der Befragten (49%), sich weniger leisten zu können als 10 Jahre zuvor. 37% konnten sich im Bereich „Urlaub/Reisen“, 32% im Bereich „Sparen“ und 23% im Bereich „Kunst/Kultur“ weniger leisten. Auch die Bereiche „Kleidung“ (22%), „Möbel“ (17%), „Kfz“ (16%), „Sport/Freizeit“ (15%) waren Bereiche, wo gespart wurde.

4 Politische Handlungsfelder

Städte und Kommunen als ganzheitliche Lebenswelten stärken

Ein allgemeiner bzw. wirtschaftlicher Aufschwung wird von den Bewohnern der Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg nicht gesehen. Abgesehen von einer durchaus regen Bautätigkeit, wird die Lage hinsichtlich der Erwerbstätigkeit, des sozialen Klimas und der allgemeinen Entwicklung als schlecht charakterisiert.

Bau- und Infrastrukturmaßnahmen in den Städten und Kommunen müssen ihren sozialen Sinn für ihre Bewohner erweisen. Sie dürfen nicht als Selbstzweck (Weil gerade Fördermittel da sind!) und auch nicht auf Kosten der Einwohner (z.B. im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren) durchgeführt werden. Schöne Dörfer und Städte sind nur dann nachhaltige Lebenswelten, wenn sie die Trias von hinreichenden Einkommen (erreichbare, angemessen bezahlte Arbeitsplätze; auskömmliche Altersbezüge) demographischer Stabilität (Perspektiven für Jüngere schaffen) und initiativreichem Gemeinsinn (Identität mit Gemeinden, der Region stärken; Initiative und Selbstbestimmung in Vereinen und Interessenvertretungen herausfordern) zu organisieren verstehen.

Insofern sind kommunalpolitische Maßnahmen an ihrer Wirkung auf die Einkommenssituation, auf Initiative und Gemeinsinn sowie an ihren sozialen Folgen zu messen.

Nur so kann ein wirtschaftlicher Aufschwung auch für die Bevölkerung der Städte und Kommunen des Landes realisiert und erfahrbar gemacht und Tendenzen der Entmutigung, Demotivation, Isolation und Radikalisierung entgegengewirkt werden.

Dabei steht außer Frage, dass Konzepte der Kommunalpolitik nur dann greifen können, wenn auf Landes- und Bundesebene entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden (z.B. Mindestlöhne; angemessene Lohn- und Gehaltssteigerungen; neue Rentenkonzepte; Preisstabilität bei lebenswichtigen Gütern, insbesondere der Grundversorgung).

Es gilt also in kommunalpolitischer Verantwortung, den Druck auf die Landes- und Bundespolitik zu erhöhen und die Meinungen, Erwartungen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger authentisch zu artikulieren.

Arbeit und Ausbildung in den Regionen organisieren

Die Entwicklung der Städte und Gemeinden des Landes steht und fällt mit der Frage, ob es gelingt, den Bewohnern eine angemessene Qualität und Quantität von Arbeits- und

Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass es offensichtlich an vielen Orten deutlich zu wenige bzw. die ‚falschen‘ Arbeitsplätze gibt. Darüber hinaus besteht eine Diskrepanz zwischen der vorhandenen Qualifikationsstruktur der Arbeitssuchenden und der Nachfrage nach bestimmten qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Wirtschaft. Hier könnten Bildungsbedarfsanalysen helfen, eine bessere Übereinstimmung von diesbezüglichem Angebot und der vorhandenen Nachfrage zu erreichen. Auch für ‚einfache‘ Arbeitsplätze wäre dann eine gezieltere Anpassung möglich. Qualifizierung, Ausbildung und Umschulung könnten auf Grundlage fundierter Daten optimiert werden.

Die kommunalen Verwaltungen wären dadurch selbst in der Lage, ihrer Verantwortung als Arbeitgeber präziser nachzukommen.

In den Augen der befragten Bewohner des Landes Brandenburg erhält der auf Freiwilligkeit gegründete Ausbildungspakt zwischen Regierung und Wirtschaft schlechte Noten, denn fast 90% von ihnen konstatierten, dass es in der Region nicht genügend Lehrstellen gäbe. Es scheint notwendig, Unternehmen und Dienstleister gesetzlich zu zwingen, hier mehr zu tun bzw. eine Abgabe bei Fehlverhalten zu entrichten. Diese - sicherlich nicht unbeträchtlichen Mittel - könnten dann für ‚vorbildliche‘ Unternehmen der Regionen mit hoher Bereitschaft zur Lehrausbildung bereitgestellt werden.

Armutsriskiken engagiert entgengetreten – neue Wege der Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik unterstützen

In den Städten und Kommunen gibt es ganz offensichtlich eine große und ständig steigende Gruppe von Personen, die trotz Arbeit nicht genug verdient, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dieser Gruppe von Geringverdienern, die gezwungen ist, ihr Einkommen durch soziale Transferleistungen zu ergänzen, gilt die besondere Aufmerksamkeit. Angemessene Bezahlung, gestützt durch Mindestlöhne, ist auf allen politischen Ebenen zu fordern. Es ist notwendig, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für diese gesellschaftliche Schieflage zu schärfen. Unternehmen, die solche ‚Hungerlöhne‘ zahlen, sollten mit Ross und Reiter genannt werden und keine Aufträge der öffentlichen Hand erhalten. Dies sollte auch durchgehalten werden, wenn sich dadurch kommunale Investitionsvorhaben verteuern.

Fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg waren der Meinung, dass der Teil der Personen, die von sozialen Leistungen (ALG I, II, Sozialhilfe und Spenden) leben müssen, in den Kommunen gewachsen sei.

Darüber hinaus ist die Lage der so genannten Mittelschicht im Urteil von über drei Vierteln der Befragten ebenfalls schlechter geworden.

Mehr als die Hälfte der befragten Bewohner des Landes Brandenburg meint, dass sich in den letzten 2 Jahren aus ihrem persönlichen Umfeld Personen verschuldet haben.

Fast alle Befragten spürten die Inflation und Teuerung ganz persönlich.

Auch die Rentner beschreiben ihre gegenwärtige Situation als bestenfalls mittelmäßig, größtenteils als schlecht und sehr schlecht. Ganz dramatisch ist das Urteil der jüngeren Brandenburgerinnen und Brandenburger in Richtung ihrer späteren Rentenerwartungen. Über drei Viertel von ihnen vermutet, später sehr schlecht oder sehr schlecht von der Rente leben zu können. Die Angst vor Altersarmut ist ganz deutlich spürbar.

Ginge es nach den Befragten, dann ist ein prinzipielles Umsteuern der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Lande unverzichtbar. Gerechtigkeitsfragen werden in Permanenz gestellt und sollten von den Kommunalpolitikern offensiv aufgegriffen und vertreten werden.

Bürgernahe Politik gestalten – ein Balanceakt zwischen Befürchtungen und Hoffnungen

Über drei Viertel der Bewohner der Städte und Kommunen des Landes Brandenburg sehen keine Gefährdung des Aufschwungs durch die Forderungen nach Mindestlöhnen und

deutlichen Lohnerhöhungen. Diesbezügliche politische Forderungen wären klar mehrheitsfähig.

Die Mobilität der Befragten im jüngeren Alter kann – vor dem Hintergrund der Bodenständigkeit der Märkerinnen und Märker – als hoch eingeschätzt werden, denn mehr als die Hälfte dieses Personenkreises wäre bereit, seinen Heimatort zu verlassen. Sie würden gehen, obwohl ihre bevorzugten Werte ‚gute Freunde haben‘ (Rangplatz 1), ‚Familie haben‘ (Rangplatz 2), verdeutlichen, wie schwer es ihnen eigentlich fällt.

Der Mangel an adäquaten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die schlechte Bezahlung und die vermutete Perspektivlosigkeit veranlasst Jüngere zu gehen. Die bereits vorhandene demographische Schieflage verstärkt sich dadurch dramatisch.

Kommunalpolitiker müssen alles dafür tun, um diese für eine Perspektive einer Stadt, einer Gemeinde so wichtigen Personen, im Ort zu halten. Dieses Problem sollte auf der kommunalen Ebene vorurteilsfrei und parteiübergreifend angegangen werden.

Kommunalpolitisches Handeln in einer sich dramatisch ändernden Gesellschaft

Der demographische Wandel im Land Brandenburg ist von uns im vergangenen Jahr beschrieben worden (vgl. kf Land Brandenburg ‚Die mentale Repräsentation des demo-

graphischen Wandels, 2007). Gerade in den peripheren Regionen des Landes Brandenburg ist davon auszugehen, dass ein Älterwerden der Bevölkerung beschleunigt stattfindet. Junge, teilweise gut Ausgebildete verlassen diese Gebiete. Die Abwanderung übersteigt deutlich den Zuzug. Die Geburtenraten verharren auf niedrigem Niveau. Dies ist faktisch ein nicht umkehrbarer Trend. Auch zusätzliche Arbeitsplätze werden in diesen Regionen definit nicht in einem Ausmaß entstehen, das diesen Prozess aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund heißt dies für das Handeln der Kommunalpolitiker, auch regressive Modelle ins Auge zu fassen. Rückbau von Gebäuden und Abbau von Kapazitäten können helfen, die Gemeinden angemessen zu verändern. Den Bedürfnissen einer immer älter werdenden Einwohnerschaft muss unbedingt mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es sind Möglichkeiten noch stärker zu prüfen, ob bestimmte Einrichtungen (Schulen, Kitas, soziale Einrichtungen, kulturelle Einrichtungen) in diesen Regionen sinnvoll konzentriert werden können. Lieber einen geordneten Rückzug, als ein abruptes Ende mit Schrecken. Allerdings haben wir seit anderthalb Jahrzehnten auch betont, dass mit dem ausgehenden Licht der Schule die perspektivischen Zuzugschancen eines Ortes gegen Null tendieren. In diesem Sinne hat sich auch der Direktor des jüngst wegen der Idee der Wegzugsprämie gescholtenen ‚Berliner Instituts für Bevölkerung und Entwicklung‘ ausgesprochen (Klingholz, 30.04.2008).

5. Literaturverzeichnis

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (11.03.2008). *Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes Brandenburg-Berlin*. Potsdam (Faxmitteilung)

Autorengruppe (Januar 1993). *Im Schatten der Mühle*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M., POPPER, Y., SCHLIPPES, M., SÖRGEL, R., WENDELBORN, S., WOLF, M. (1997). *Die Geister, die ich rief...* Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M., POPPER, Y., WENDELBORN, S. (1999). *Frauen in Brandenburg: Lebenslagen und Zukunftsvorstellungen*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M. und HORSTMANN, K. (2001). *Potsdam, aber sicher!* Studie im Auftrag der Sicherheitskonferenz Potsdam. Manuskriptdruck.

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M., PETERMANN, E., SCHÄFER; A. (2004). *Die soziale Lage und die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M. und HORSTMANN, K. (2002). *Befürchtungen und Hoffnungen im Land Brandenburg*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

HORSTMANN, K., KELLER, F., MALICH, U., MÜLLER, M., HEGEL, R.-D., PETROVIC, I., SCHLIPPES, M., WOLF, M., SÖRGEL, R. (1993). *Land unter*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

Infratest dimap (April 2008). *Umfrage zur politischen Stimmung in Brandenburg im Auftrag von Brandenburg aktuell und der Märkischen Allgemeinen*.

KLINGHOLZ, R. (30.04.2008). *Wir werden viel Natur zurückbekommen*. In Neues Deutschland vom 30.04.2008, S. 3.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (2005). *Statistisches Jahrbuch 2005*. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (März 2006). *Bevölkerungsstand im Land Brandenburg am 31.11.2005*. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (September 2006). *Bevölkerungsstand im Land Brandenburg am 31.05.2006*. Potsdam.

MÜLLER, M., WENDELBORN, S., SCHÄFER; A., PETERMANN, E., HEGEL, R.-D. (2005). *Hartz IV – Die Sicht der Betroffenen*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft des Landes Brandenburg vom 26.10.2007.

Pressemitteilung Nr. 151 des Statistisches Bundesamtes Deutschland (16.04.2008). *Verbraucherpreise März 2008: + 3,1% zum März 2007*

Pressemitteilung des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität 21/2008 (01.04.2008). *Armut*.

Pressemitteilung des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität 24/2008 (14.04.2008). *Ostdeutschland/Altersarmut*.

Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg Nr. 26/2008 (8. April 2008). *Drei Jahre SGB II in Brandenburg*.

SIEREN, F. (2008). *Der China Schock. Wie Peking sich die Welt gefügig macht*. Berlin: Econ.

SONNLEITNER, G. in Berliner Morgenpost vom 17.04.2008, Seite 1.

Sozialreport 2004. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, hrsg. von G. WINKLER. Berlin: trafo verlag.

WENDELBORN, S., MÜLLER, M., HEGEL, R.-D., SCHÄFER, A. (2007). *Die mentale Repräsentation des demographischen Wandels im Land Brandenburg*. Potsdam: Eigenverlag des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

ANHANG

Aufschwung in den Kommunen des Landes Brandenburg? HOLON-Umfrage 2008

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Aufschwung“, aber auch „Verarmung“ sind die Begriffe, die gegenwärtig in der öffentlichen und politischen Diskussion zu sehr unterschiedlichen Positionen führen. Entsprechend dieser verschiedenen Positionen werden sehr unterschiedliche Handlungsempfehlungen gegeben. Dabei wird die Wahrnehmung der Situation in den Kommunen durch die Bürgerinnen und Bürger nicht immer hinreichend berücksichtigt oder ist einfach nicht bekannt. Wir möchten Ihnen deshalb zum Themenkreis „Aufschwung und Verarmung“ einige Fragen stellen, um ihre persönliche Meinung zu erfahren. Aus diesen Antworten sollen Hilfestellungen für Kommunalpolitiker entwickelt werden. Beantworten Sie bitte jede Frage durch ein oder mehrere Kreuze in dem Kästchen unter oder neben den Antwortalternativen. Bei einigen wenigen Fragen müssen Sie eine Zahl bzw. ein Wort einfügen. Die Befragung ist vollständig anonym. Aus Ihren Antworten können keine Rückschlüsse auf ihre Person gezogen werden. Vielen Dank für ihre Mitarbeit!

<u>Mein Alter:</u> Jahre	
<u>Mein Geschlecht:</u> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/>	
<u>Ich lebe in:</u> (Bitte den genauen Wohnort nennen!)	
<u>Es handelt sich dabei um:</u> ein ländliches Umfeld <input type="checkbox"/>	
ein städtisches Umfeld	<input type="checkbox"/>
eine Großstadt	<input type="checkbox"/>
<u>Mein höchster Bildungsabschluß:</u>	
Facharbeiter/ Meister	<input type="checkbox"/>
Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluß	<input type="checkbox"/>
ungelernt	<input type="checkbox"/>
noch in der Ausbildung	<input type="checkbox"/>
<u>Ich bin zur Zeit:</u>	
Arbeiter	<input type="checkbox"/>
Angestellter	<input type="checkbox"/>
Beamter	<input type="checkbox"/>
Selbständiger/ Freiberufler/ mithelfender Familienangehörige	<input type="checkbox"/>
arbeitslos (ALG I/II), ABM, in Umschulung oder Weiterbildung, 1-Euro-Job	<input type="checkbox"/>
Rentner /Ruheständler	<input type="checkbox"/>

Schüler /Auszubildender/Student
Ich falle nicht in diese Kategorien

1 Ich bemerke, dass es einen wirtschaftlichen Aufschwung im Land Brandenburg gibt!

stimmt **stimmt nicht**

2 Wenn man genau hinschaut, dann bemerkt man schon, dass es meinem Wohnort besser als vor 2 Jahren geht!

stimmt **stimmt nicht**

3 Das soziale Klima (Hilfsbereitschaft, Nachbarschaftshilfe, Gemeinsinn) ist in den letzten 2 Jahren besser geworden!

stimmt **stimmt nicht**

4 In meiner Region hat die Arbeitslosigkeit in den letzten 2 Jahren deutlich abgenommen!

stimmt **stimmt nicht**

5 Immer mehr Menschen meines Wohnortes geht es heute deutlich besser als noch vor 2 Jahren!

stimmt **stimmt nicht**

6 In meinem Wohnort hat in den letzten 2 Jahren die Bautätigkeit eine deutliche Belebung erfahren!

stimmt **stimmt nicht**

7 Sind innerhalb der letzten 2 Jahre Arbeitsplätze in ihrer Stadt/Gemeinde entstanden?

ja, in beträchtlichem Umfang **ja, einige** **nein, keine**

8 Sind innerhalb der letzten 2 Jahre Arbeitsplätze in ihrer Stadt/Gemeinde abgebaut worden?

ja, in beträchtlichem Umfang **ja, einige** **nein, keine**

9 Die Kommunalpolitiker meines Wohnortes haben viel getan, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen!

stimmt **stimmt nicht**

10 Die Kommunalpolitiker meines Wohnortes haben viel getan, um das Lehrstellenangebot zu verbessern!

stimmt

stimmt nicht

11 Die ansässige Wirtschaft engagiert sich sichtbar für den Erhalt und die Schaffung von Ausbildungsplätzen!

stimmt

stimmt nicht

12 Die ansässige Wirtschaft engagiert sich sichtbar für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen!

stimmt

stimmt nicht

13 In meiner Region fehlen ‚einfache‘ Arbeitsplätze!

stimmt

stimmt nicht

14 In meiner Region fehlen ‚qualifizierte‘ Arbeitsplätze!

stimmt

stimmt nicht

15 In meiner Region ist die Nachfrage nach ‚qualifizierten‘ Arbeitsplätzen höher als das Angebot!

stimmt

stimmt nicht

16 Lehrstellen sind in meiner Region hinreichend vorhanden!

stimmt

stimmt nicht

17 Ich kenne Menschen, die trotz Arbeit so wenig verdienen, dass es zum Leben nicht reicht!

stimmt

stimmt nicht

18 In meinem Wohnort existieren Straßen, Viertel oder Blocks, in denen sich die Ärmern konzentrieren!

stimmt

stimmt nicht

19 Der Anteil von Personen in meiner Gemeinde, die von sozialen Leistungen leben müssen, ist gewachsen! (ALG I/II, Sozialhilfe, Spenden etc.)

stimmt

stimmt nicht

20 Ich bin der Meinung, dass sich Personen der sogenannten Mittelschicht auch weniger leisten können als früher!

stimmt **stimmt nicht**

21 Wie leben Sie heute von ihrer Rente bzw. wie glauben Sie von ihrer Rente leben zu können, wenn es einmal soweit ist?

sehr gut
gut
mittelmäßig
schlecht
sehr schlecht

22 Die Diskussionen um und die Forderungen nach Mindestlöhnen gefährden den Aufschwung in meiner Stadt/Gemeinde!

stimmt **stimmt nicht**

23 Die Diskussionen um und die Forderungen nach Lohnerhöhungen gefährden den Aufschwung in meiner Stadt/Gemeinde!

stimmt **stimmt nicht**

24 Inflation und Teuerung sind spürbar!

stimmt **stimmt nicht**

25 Ich würde jederzeit in eine andere Stadt oder Gemeinde ziehen!

stimmt **stimmt nicht**

26 In den letzten 2 Jahren haben sich immer mehr Personen aus meinem persönlichen Umfeld verschuldet!

stimmt **stimmt nicht**

27 Was macht das eigene Leben wertvoll? (Bitte nur 5 Kreuze!)

Träume und Visionen haben	<input type="checkbox"/>	ein ordentliches Leben führen	<input type="checkbox"/>
gute Freunde haben	<input type="checkbox"/>	eine interessante Arbeit haben	<input type="checkbox"/>
in gesunder Umwelt leben	<input type="checkbox"/>	Familie haben	<input type="checkbox"/>
Interessen der Einheimischen wahrnehmen	<input type="checkbox"/>	gesund leben	<input type="checkbox"/>
einer Überzeugung treu bleiben	<input type="checkbox"/>	Liebesbeziehung(en) haben	<input type="checkbox"/>
Qualifizierungsmöglichkeiten haben	<input type="checkbox"/>	Geld verdienen	<input type="checkbox"/>
sich für die Interessen der Region einsetzen	<input type="checkbox"/>		
in sozialer Gerechtigkeit leben	<input type="checkbox"/>		
sich kulturell betätigen	<input type="checkbox"/>	sportlich aktiv sein	<input type="checkbox"/>
Kinder haben	<input type="checkbox"/>	vor Kriminalität geschützt sein	<input type="checkbox"/>

28 Wenn ich zurückblicke, kann ich mir heute mehr leisten als vor 2 Jahren!

stimmt

stimmt nicht

29 Ich zähle mich zu den Gewinnern der letzten Jahre!

stimmt

stimmt nicht

30 Ich zähle mich zu den Verlierern der letzten Jahre!

stimmt

stimmt nicht

31 In folgenden Bereichen leiste ich mir mehr als vor 2 Jahren:
(Bitte 3 wesentliche Bereiche auswählen!)

Lebensmittel	<input type="checkbox"/>	Kleidung	<input type="checkbox"/>
elektronische Geräte	<input type="checkbox"/>	Möbel	<input type="checkbox"/>
Wohnung/Haus	<input type="checkbox"/>	KFZ	<input type="checkbox"/>
Urlaub / Reisen	<input type="checkbox"/>	Kunst/Kultur	<input type="checkbox"/>
Sport/Freizeit	<input type="checkbox"/>	Altersvorsorge	<input type="checkbox"/>
Sparen	<input type="checkbox"/>	Bildung	<input type="checkbox"/>
in keinem Bereich	<input type="checkbox"/>		

32 In folgenden Bereichen leiste ich mir weniger als vor 2 Jahren:
(Bitte 3 wesentliche Bereiche auswählen!)

Lebensmittel	<input type="checkbox"/>	Kleidung	<input type="checkbox"/>
elektronische Geräte	<input type="checkbox"/>	Möbel	<input type="checkbox"/>
Wohnung/Haus	<input type="checkbox"/>	KFZ	<input type="checkbox"/>
Urlaub / Reisen	<input type="checkbox"/>	Kunst/Kultur	<input type="checkbox"/>
Sport/Freizeit	<input type="checkbox"/>	Altersvorsorge	<input type="checkbox"/>
Sparen	<input type="checkbox"/>	Bildung	<input type="checkbox"/>
in keinem Bereich	<input type="checkbox"/>		

Vielen Dank!

Impressum

Herausgeber: kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Str. 8, 16321 Bernau

Tel./Fax.: 03338-459293-94 / 03338 459295

E-Mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

www.kf-land-brandenburg.de

V.i.S.d.P: Steffen Friedrich

Redaktionsschluss: 30. April 2008